

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Kommission für Wissenschaft,
Bildung und Kultur des Nationalrats

Per E-Mail (docx- und pdf-Datei):
schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

21. August 2019

RRB-Nr.:	868/2019
Direktion	Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Unser Zeichen	2019.GEF.749
Ihr Zeichen	
Klassifizierung	Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: 15.499 n Pa.lv. Buttet. Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet werden.
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats hat auf der Grundlage des Initiativtextes der parlamentarischen Initiative «Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden» zwei Problembereiche identifiziert: jenen der Differenz bei den durchschnittlichen Zuschlagspreisen für Kontingentsanteile für Fleisch von rituell geschlachteten Tieren und für konventionelle Edelstücke sowie jenen der mangelhaften Deklaration. Die Problematik der Zuschlagspreise wurde basierend auf der geltenden Schlachtviehverordnung mit einer Änderung der Spezifikation der Fleischstücke angegangen. Zum Teilbereich der Deklaration schlägt die Kommission vor, Artikel 48 LWG¹ zu ändern. Neu soll Koscher- und Halalfleisch, das innerhalb der für die jüdische und die islamische Gemeinschaft bestimmten Zollkontingente eingeführt wird, als solches deklariert werden.

Der Regierungsrat ist jedoch der Ansicht, dass das Problem der mangelhaften Deklaration mit der Vorlage nicht grundsätzlich gelöst wird. Die geforderte Deklaration «Halal» führt nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten, da ausschliesslich entsprechend den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden

¹ Bundesgesetz vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (LWG; SR 910.1)

muss. Geflügel beispielsweise darf auch in der Schweiz unbetäubt, also rituell «Halal» geschlachtet werden – und müsste nicht gekennzeichnet werden. Im Gegenzug wird bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung geweckt, dass bei der fehlenden Angabe «Halal» das Produkt tatsächlich kein Halal-Produkt ist, was jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entspricht. Dadurch werden Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht. Ausserdem ist das Wort «Halal» nicht gleichzusetzen mit einer definierten Schlachtmethode und darum für das Anliegen des Initianten nicht zielführend. Schliesslich entsteht bei einer Umsetzung der Deklarationspflicht ein Zusatzaufwand bei den kantonalen Lebensmittelkontrollbehörden. Sie müssen Kontrollen am Verkaufspunkt durchführen, um die korrekte Deklaration des Fleisches zu überprüfen. Allerdings gibt es bis heute keine Analyse-methode für Fleisch, mit der die Schlachtmethode bestimmt werden kann. Somit sind Kontrollen nur anhand von Belegen möglich, was die Frage nach aufwirft, inwieweit effektive Kontrollen möglich sind.

Der Regierungsrat lehnt die Vorlage daher ab und dankt für die Berücksichtigung seiner Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident

Christoph Ammann

Der Staatsschreiber

Christoph Auer



Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 51 55
buwd@lu.ch
www.lu.ch

Kommission für Wissenschaft,
Bildung und Kultur des Nationalrats

Per E-Mail an: *schriftgutverwaltung@blw.admin.ch*

Luzern, 12. Juni 2019 ZUS

15.499 n Pa.lv. Buttet. Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden – Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die Kantonsregierungen mit Schreiben vom 2. Mai 2019 zur Stellungnahme in obengenannter Angelegenheit eingeladen. Ich bedanke mich für die Gelegenheit zur Vernehmlassung und teile Ihnen mit, dass der Regierungsrat des Kantons Luzern darauf verzichtet.

Freundliche Grüsse

Robert Küng
Regierungsrat

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Kanton Uri Handelnd durch die Volkswirtschaftsdirektion, Amt für Landwirtschaft
Adresse / Indirizzo	Klausenstrasse 4 6460 Altdorf
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	24. Juni 2019 Damian Gisler

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Kanton Uri begrüsst die vorgeschlagene Regelung der verbesserten Deklarationspflicht für importiertes Koscher- oder Halalfleisch.

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48, Abs. 2^{ter}		Bemerkung Grundsätzlich müsste auch das ausserhalb der für Koscher- oder Halafleisch reservierten Teilzollkontingente eingeführte Fleisch diese Deklarationspflicht gelten.

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

An die
Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
des Nationalrates
schriftgutverwaltung@blw.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 25. Juni 2019

15.499 Parlamentarische Initiative: Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates unterbreitete den Kantonsregierungen mit Schreiben vom 2. Mai 2019 in Umsetzung der Parlamentarischen Initiative „Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden“ einen Vorentwurf zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes zur Vernehmlassung.

Wir nehmen innert der auf den 23. August 2019 angesetzten Frist wie folgt Stellung:

Wir unterstützen die Vorlage grundsätzlich, damit die lebensmittel- und tierschutzrechtlichen Bestimmungen für Produzenten in der Schweiz wirksam gegenüber in der Schweiz «verbotenen Handlungen an Tieren» abgegrenzt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Kaspar Michel
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie z.K. an:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kul-
tur WBK-N

E-Mail: schriftgutverwaltung@bwl.admin.ch

Unser Zeichen: ac

Sarnen, 20. August 2019

**Stellungnahme zur Änderung des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft (Deklaration von
Koscher- und Halalfleisch)**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. Mai 2019, mit dem Sie uns die Unterlagen zur parlamenta-
rischen Initiative „Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden“ zur
Stellungnahme unterbreitet haben.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und übermitteln Ihnen die Position des Kan-
tons Obwalden wie gewünscht mittels des zur Verfügung gestellten Word-Formulars in der Beilage,
wobei wir auf eine Stellungnahme zu den einzelnen Artikeln verzichten.

Der Kanton Obwalden unterstützt grundsätzlich die Vorlage, damit die lebensmittel- und tierschutz-
rechtlichen Bestimmungen für Produzenten in der Schweiz wirksam gegenüber in der Schweiz "verbo-
tenen Handlungen an Tieren" abgegrenzt werden.

Für die Kontrolle der Einfuhr (Import) von Lebensmitteln und damit für die Umsetzung der Initiative ist
die eidgenössische Zollverwaltung zuständig. Die Kantone haben im Rahmen des Vollzugs des Le-
bensmittelrechts die Deklaration von Lebensmitteln im Hinblick auf Täuschung zu kontrollieren. Diese
Aufgabe vollziehen die Kantone unabhängig von der Initiative bereits.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Josef Hess
Landammann



Nicole Frunz Wallimann
Landschreiberin

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)

Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Staatskanzlei des Kantons Obwalden
Adresse / Indirizzo	Rathaus 6061 Sarnen
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Grundsätzlich unterstützten wir die Vorlage, damit die lebensmittel- und tierschutzrechtlichen Bestimmungen für Produzenten in der Schweiz wirksam gegenüber in der Schweiz "verbotenen Handlungen an Tieren" abgegrenzt werden.

Für die Kontrolle der Einfuhr (Import) von Lebensmitteln und damit für die Umsetzung der Initiative ist die eidgenössische Zollverwaltung zuständig. Die Kantone haben im Rahmen des Vollzugs des Lebensmittelrechts die Deklaration von Lebensmitteln im Hinblick auf Täuschung zu kontrollieren. Diese Aufgabe vollziehen die Kantone unabhängig von der Initiative bereits.

Wir verzichten auf eine Stellungnahme zu den einzelnen Artikeln.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Kommission für Wissenschaft, Bildung und
Kultur

Christine Bulliard-Marbach
Kommissionspräsidentin
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 11. Juni 2019

**Parlamentarische Initiative 15.499 zur Einfuhr von Halbfleisch von Tieren, die ohne Be-
täubung geschlachtet wurden**

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Sie haben uns mit Schreiben vom 2. Mai 2019 eingeladen zu oben genannter Vorlage Stellung
zu nehmen.

Wir danken für die Möglichkeit der Mitwirkung. Aufgrund der geringen Betroffenheit unseres
Kantons erlauben wir uns, auf eine inhaltliche Stellungnahme zu verzichten.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Res Schmid
Landammann




lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

Glarus, 5. Juli 2019
Unsere Ref: 2019-290

Vernehmlassung i. S. 15.499 n Pa.lv. Buttet. Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-NR) gab dem Kanton Glarus in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Glarus überwies das Geschäft dem Departement Finanzen und Gesundheit zur direkten Erledigung. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Kanton Glarus lehnt diese Vorlage ab, weil sie den Grundzügen des Lebensmittelrechts widerspricht. Stattdessen schlagen wir eine zielorientierte, umsetzbare Lösung vor:

In der Schweiz dürfen nach Artikel 21 Tierschutzgesetz (TSchG) i. V. m. Artikel 178 der Tierschutzverordnung (TschV) Wirbeltiere und Panzerkrebse nur unter Betäubung getötet werden (Schächtverbot). Die Einfuhr von Fleisch von rituell geschlachteten Tieren (Koscher- und Halalfleisch) ist zulässig. Durch spezifische Zollkontingente für Halal- und Kosher-Fleisch wird der Import durch die Glaubensgemeinschaften begünstigt.

Die vom Initianten identifizierten Hauptprobleme des Imports von Halalfleisch betreffen wirtschaftliche Aspekte aus der Versteigerung der spezifischen Teilzollkontingente und die Forderung, dass die Deklaration von Halalfleisch von Tieren die im Ausland ohne Betäubung geschlachtet wurden obligatorisch wird.

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung werden beide Probleme nicht gelöst. Erstens hat die Deklarationspflicht keinen Einfluss auf die bei der Versteigerung von Teilzollkontingenten erzielten Preise. Zweitens führt die geforderte Deklaration «Halal» nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten, da ausschliesslich entsprechend den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden muss. Geflügel darf auch in der Schweiz z. B. unbetäubt, also auch rituell «Halal» geschlachtet werden – und müsste nicht gekennzeichnet werden. Im Gegenzug wird bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung geweckt, dass bei fehlender Angabe «Halal» das Produkt tatsächlich kein Halal Produkt ist, was jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entsprechen muss. Dadurch würden Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht. Ausserdem ist das Wort Halal nicht gleichzusetzen mit einer definierten Schlachtmethode und darum für das Anliegen des Initianten nicht zielführend.

Um dem Anliegen des Initianten gerecht zu werden, soll bei Fleisch generell die Angabe der Schlachtmethode lebensmittelrechtlich verpflichtend werden. Damit wird das Informationsbedürfnis der Konsumentinnen und Konsumenten gestillt und ein direkter Mehrwert geschaffen. Die Konsumentinnen und Konsumenten können direkt entscheiden, ob sie ein Produkt von einem unbetäubt geschlachteten Tier kaufen wollen oder nicht, unabhängig vom Zollkontingent, unter dem das Fleisch importiert wurde.

Das geltende Recht kennt bereits heute derartige zusätzliche Angaben zum Produkt: Gemäss Artikel 19 der Verordnung des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH) muss z. B. auf der Etikettierung von Fischereierzeugnissen zusätzlich die Produktionsmethode und die Kategorie des für den Fang eingesetzten Geräts gemacht werden. Dies ist in der Praxis bereits umgesetzt. Ein Obligatorium zur Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch soll entsprechend im Lebensmittelgesetz umgesetzt werden. Damit sind auch die zuständigen Vollzugsbehörden geregelt.

Mit einem Obligatorium zur Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch werden nicht nur für den Kaufentscheid der Konsumentinnen und Konsumenten wichtige Informationen verfügbar gemacht, sondern im gleichen Zug auch die Deklarationspflicht mittels einer von der Religionsfrage unabhängigen Angabe gelöst.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse



Dr. oec. Rolf Widmer
Regierungsrat

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- schriftgutverwaltung@blw.admin.ch



Gesundheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

per E-Mail

Nationalrat

Kommission für Wissenschaft,

Bildung und Kultur

3003 Bern

T direkt 041 728 35 01
martin.pfister.rr@zg.ch
Zug, 8. August 2019
GD GDS 6 / 178 / 53449

Vernehmlassung zur Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden: Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Mai 2019 haben Sie uns eingeladen, bis zum 23. August 2019 zum obengenannten Vorentwurf Stellung zu nehmen. Die Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Antwortformular.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Freundliche Grüsse
Gesundheitsdirektion

Martin Pfister
Statthalter

Beilage:

– Antwortformular

Kopie inkl. Beilage an:

- Nationalrat, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
(schriftgutverwaltung@blw.admin.ch, Begleitbrief PDF; Beilage im PDF- und Word-Format)
- Amt für Verbraucherschutz (info.avs@zg.ch, PDF)
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug (per E-Mail, PDF)
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch; für Publikation im Internet, Beilage im PDF- und Word-Format)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch, PDF)

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)

Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Kanton Zug Gesundheitsdirektion
Adresse / Indirizzo	Neugasse 2 Postfach 6301 Zug
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	8. August 2019 Martin Pfister, Regierungsrat

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Wir heissen die beantragte Neuregelung betreffend Deklaration von Halalfleisch gut (Art. 48 Abs. 2ter LwG). Damit wird Transparenz geschaffen und die Konsum-Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten gestärkt.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil national
Commission de la science, de
l'éducation et de la culture
Madame Christine Bulliard-Marbach
Présidente
3003 Berne

Document PDF et Word à :
schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

Fribourg, le 4 juillet 2019

**Importation de viande halal provenant d'abattages sans étourdissement –
15.499 n lv. pa Buttet - Réponse à la consultation**

Madame la Présidente,

Nous vous remercions de nous avoir donné l'occasion de nous prononcer sur la consultation citée en titre.

Le Gouvernement fribourgeois vous fait parvenir la prise de position commune du Service de l'agriculture et du Service de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires à laquelle il se rallie.

Pour le reste, nous n'avons pas de commentaire supplémentaire à formuler.

En vous remerciant de votre attention à ce qui précède, nous vous prions de croire, Madame la Présidente, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen
Président

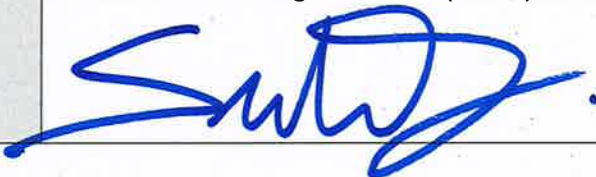


Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Annexe

—
Prise de position commune du SAgri et du SAAV

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Service de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires SAAV Service de l'agriculture SAgri
Adresse / Indirizzo	Impasse de la Colline 4, 1762 Givisiez Route Jo Siffert 36, Case postale 126, 1762 Givisiez
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	24.06.2019 / Dr Grégoire Seitert (SAAV) et Urs Zaugg (SAgri) 

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Le Service de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires SAAV salue le présent projet et souhaite même que cette déclaration de la viande importée issue d'abattage rituel soit systématique. Nous n'avons pas de remarque particulière, ce type de contrôle n'entraînant que peu de travail supplémentaire pour la vérification de la traçabilité et de la déclaration. Il serait utile de pouvoir disposer des informations pertinentes des autorités douanières et des déclarations en douane.

Das SAgri begrüsst die Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (Artikel 48 des Bundesgesetzes vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft) betreffend Deklarationspflicht von Koscher- und Halalfleisch. Für die Einfuhr von Fleisch von rituell geschlachteten Tieren (Koscher- und Halalfleisch) bestehen Zollkontingente für die jüdische und die islamische Gemeinschaft. Der Bund will eine Deklarationspflicht für Fleisch einführen, das innerhalb dieser Teilzollkontingente importiert wird. Damit können Probleme im Zusammenhang mit dem Verkauf von importiertem Fleisch von rituell geschlachteten Tieren behoben werden.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



Bundesamt für Landwirtschaft
Schwarzenburgstrasse 165
3003 Bern

20. August 2019

Vernehmlassung zum Entwurf 15.499 n Pa.lv. Buttet. Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 2. Mai 2019 lädt uns die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates ein, zum titelerwähnten Geschäft Stellung zu nehmen.

Gegenstand der Vernehmlassung ist der neu in das Landwirtschaftsgesetz (LwG, SR 910.1) aufzunehmende Art. 48 Abs. 2^{ter}. Demnach soll das unter den begünstigten Teilzollkontingenten eingeführte Koscher- und Halalfleisch in allen nachfolgenden Verkaufspunkten als solches deklariert werden.

Wir begrüssen grundsätzlich eine klare Deklaration. Die vorgeschlagene Änderung des LwG erachten wir jedoch nicht als zielführend, weil sie den Grundzügen des Lebensmittelrechts widerspricht. Mit der Deklaration des unter den begünstigten Teilzollkontingenten importierten Fleisches wird bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung geweckt, dass bei fehlender Angabe "Halal" oder "Koscher" das Fleisch auch nicht "Halal" oder "Koscher" ist. Dies muss jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entsprechen. Dadurch würden Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht.

Als Alternative schlagen wir vor, die Schlachtmethode bei Fleisch generell zu deklarieren und das Lebensmittelrecht entsprechend anzupassen. Damit werden für den Kaufentscheid der Konsumentinnen und Konsumenten wichtige Informationen verfügbar gemacht. Zudem wird die Deklarationspflicht mittels einer von der Religionsfrage unabhängigen Angabe gelöst. Das geltende Recht kennt bereits heute solche zusätzlichen Angaben zum Produkt. So muss z.B. auf der Etikettierung von Fischereierzeugnissen zusätzlich die Produktionsmethode und die Kategorie des für den Fang eingesetzten Geräts aufgeführt werden (Art. 19 der Verordnung des EDI über die Lebensmittel tierischer Herkunft, vom 16. Dez. 2016).

Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Roland Furst
Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage: Ausgefüllter Fragebogen

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Solothurn
Adresse / Indirizzo	c/o Amt für Landwirtschaft Hauptgasse 72 4509 Solothurn
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	Solothurn, 29. Juli 2019 Autor: Hans Imhof, Abteilungsleiter Führungsunterstützung

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

In der Schweiz dürfen nach Artikel 21 des Tierschutzgesetzes vom 16. Dezember 2005 (TSchG) in Verbindung mit Artikel 178 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 (TschV) Wirbeltiere und Panzerkrebse nur unter Betäubung getötet werden (Schächtverbot). Die Einfuhr von Fleisch von rituell geschlachteten Tieren (Koscher- und Halalfleisch) ist zulässig. Durch spezifische Zollkontingente für Halal- und Kosher-Fleisch wird der Import durch die Glaubensgemeinschaften begünstigt. Die vom Initianten identifizierten Hauptprobleme des Imports von Halalfleisch betreffen wirtschaftliche Aspekte aus der Versteigerung der spezifischen Teilzollkontingente und die Forderung, dass die Deklaration von Halalfleisch von Tieren, die im Ausland ohne Betäubung geschlachtet wurden, obligatorisch wird.

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung werden beide Probleme nicht grundsätzlich gelöst. Erstens hat die Deklarationspflicht keinen Einfluss auf die bei der Versteigerung von Teilzollkontingenten erzielten Preise. Zweitens führt die geforderte Deklaration "Halal" nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten, da ausschliesslich entsprechend den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden muss. Geflügel darf auch in der Schweiz z.B. unbetäubt, also auch rituell "Halal" geschlachtet werden – und müsste nicht gekennzeichnet werden. Im Gegenzug wird bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung geweckt, dass bei fehlender Angabe "Halal" das Produkt tatsächlich kein Halal Produkt ist, was jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entsprechen muss. Dadurch würden Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht. Ausserdem ist das Wort "Halal" nicht gleichzusetzen mit einer definierten Schlachtmethode und darum für das Anliegen des Initianten nicht zielführend.

Um dem Anliegen des Initianten gerecht zu werden, soll bei Fleisch generell die Angabe der Schlachtmethode lebensmittelrechtlich verpflichtend werden. Damit wird das Informationsbedürfnis der Konsumentinnen und Konsumenten gestillt und ein direkter Mehrwert geschaffen. Die Konsumentinnen und Konsumenten können direkt entscheiden, ob sie ein Produkt von einem unbetäubt geschlachteten Tier kaufen wollen oder nicht, unabhängig vom Zollkontingent, unter dem das Fleisch importiert wurde.

Das geltende Recht kennt bereits heute derartige zusätzliche Angaben zum Produkt: Gemäss Art. 19 der Verordnung des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH) vom 16. Dezember 2016 muss z.B. auf der Etikettierung von Fischereierzeugnissen zusätzlich die Produktionsmethode und die Kategorie des für den Fang eingesetzten Geräts gemacht werden. Dies ist in der Praxis bereits umgesetzt. Ein Obligatorium zur Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch soll entsprechend im Lebensmittelgesetz umgesetzt werden. Damit sind auch die zuständigen Vollzugsbehörden geregelt.

Mit einem Obligatorium zur Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch werden nicht nur für den Kaufentscheid der Konsumentinnen und Konsumenten wichtige Informationen verfügbar gemacht, sondern im gleichen Zug auch die Deklarationspflicht mittels einer von der Religionsfrage unabhängigen Angabe gelöst.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48 Abs. 2^{ter}	Ablehnung	Die geforderte Deklaration "Halal" oder "Kosher" führt nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten, da ausschliesslich in den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden muss. Dagegen wird bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung geweckt, dass bei fehlender Angabe "Halal" das Produkt tatsächlich kein Halal-Produkt ist, was jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entsprechen muss. Dadurch würden Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht. Um dem Anliegen des Initianten gerecht zu werden schlagen wir die Aufnahme eine generelle Angabe der Schlachtmethode im Lebensmittelrecht vor. Damit wird das Informationsbedürfnis der Konsumentinnen und Konsumenten gestillt und ein direkter Mehrwert geschaffen.

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Kanton Basel-Stadt
Adresse / Indirizzo	Rathaus, Marktplatz 9, 4001 Basel
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	13.8.2019

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Der Kanton Basel-Stadt lehnt diese Vorlage ab, weil sie den Grundzügen des Lebensmittelrechts widerspricht, und schlägt eine zielorientierte, umsetzbare Lösung vor.

Die geforderte Deklaration „Halal“ führt nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten, da ausschliesslich entsprechend den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden muss. Geflügel darf auch in der Schweiz z.B. unbetäubt, also auch rituell „Halal“ geschlachtet werden und müsste nicht gekennzeichnet werden. Im Gegenzug wird bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung geweckt, dass bei fehlender Angabe „Halal“ das Produkt tatsächlich kein „Halal“-Produkt ist, was jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entsprechen muss. Dadurch würden Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht. Ausserdem ist das Wort „Halal“ nicht gleichzusetzen mit einer definierten Schlachtmethode und darum für das Anliegen des Initianten nicht zielführend.

Um dem Anliegen des Initianten gerecht zu werden, soll bei Fleisch generell die Angabe der Schlachtmethode lebensmittelrechtlich verpflichtend werden. Damit wird das Informationsbedürfnis der Konsumentinnen und Konsumenten gestillt und ein direkter Mehrwert geschaffen. Die Konsumentinnen und Konsumenten können direkt entscheiden, ob sie ein Produkt von einem unbetäubt geschlachteten Tier kaufen wollen oder nicht, unabhängig vom Zollkontingent, unter dem das Fleisch importiert wurde.

Das geltende Recht kennt bereits heute derartige zusätzliche Angaben zum Produkt: Gemäss Art. 19 der Verordnung des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH) vom 16. Dezember 2016 muss z.B. auf der Etikettierung von Fischereierzeugnissen zusätzlich die Produktionsmethode und die Kategorie des für den Fang eingesetzten Geräts gemacht werden. Dies ist in der Praxis bereits umgesetzt. Ein Obligatorium zur Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch soll entsprechend im Lebensmittelgesetz umgesetzt werden. Damit sind auch die zuständigen Vollzugsbehörden geregelt.

Mit einem Obligatorium zur Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch werden nicht nur für den Kaufentscheid der Konsumentinnen und Konsumenten wichtige Informationen verfügbar gemacht, sondern im gleichen Zug auch die Deklarationspflicht mittels einer von der Religionsfrage unabhängigen Angabe gelöst.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48 Abs. 2 ^{ter}	Ganzen Absatz streichen, Neu- regelung im Lebensmittelgesetz: Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch.	Siehe allgemeine Bemerkungen.

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

Bundesamt für Landwirtschaft
Schwarzbürgstrasse 165
3003 Bern

Liestal, 20. August 2019

Parlamentarische Initiative Buttet: Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden; Stellungnahme des Kantons Basel-Landschaft

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantone wurden zum Vorentwurf zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes in oben genannter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Die in der Initiative identifizierten Hauptprobleme des Imports von Halalfleisch betreffen wirtschaftliche Aspekte aus der Versteigerung der spezifischen Teilzollkontingente sowie die Forderung, dass die Deklaration von Halalfleisch von Tieren, die im Ausland ohne Betäubung geschlachtet wurden, obligatorisch wird. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung werden beide Probleme nicht grundsätzlich gelöst. Der Kanton Basel-Landschaft lehnt die Vorlage ab, weil sie den Grundzügen des Lebensmittelrechts widerspricht, und schlägt eine zielorientierte, umsetzbare Lösung vor.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Sie finden diese samt Anträgen in der von Ihnen gewünschten tabellarischen Form.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Beilage erwähnt

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)

Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen Basel-Landschaft
Adresse / Indirizzo	Dr. Peter Brodmann Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen Gräubernstrasse 12 4410 Liestal
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	07. Aug. 2019 / Peter Brodmann

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen Basel-Landschaft lehnt diese Vorlage ab, weil sie den Grundzügen des Lebensmittelrechts widerspricht, und schlägt eine zielorientierte, umsetzbare Lösung vor.

In der Schweiz dürfen nach Artikel 21 des Tierschutzgesetzes vom 16. Dezember 2005 (TSchG) in Verbindung mit Artikel 178 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 (TschV) Wirbeltiere und Panzerkrebse nur unter Betäubung getötet werden (Schächtverbot). Die Einfuhr von Fleisch von rituell geschlachteten Tieren (Koscher- und Halalfleisch) ist zulässig. Durch spezifische Zollkontingente für Halal- und Kosher-Fleisch wird der Import durch die Glaubensgemeinschaften begünstigt.

Die vom Initianten identifizierten Hauptprobleme des Imports von Halalfleisch betreffen wirtschaftliche Aspekte aus der Versteigerung der spezifischen Teilzollkontingente sowie die Forderung, dass die Deklaration von Halalfleisch von Tieren, die im Ausland ohne Betäubung geschlachtet wurden, obligatorisch wird.

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung werden beide Probleme nicht grundsätzlich gelöst. Erstens hat die Deklarationspflicht keinen Einfluss auf die bei der Versteigerung von Teilzollkontingenten erzielten Preise. Zweitens führt die geforderte Deklaration 'Halal' nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten, da ausschliesslich entsprechend den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden muss. Geflügel darf auch in der Schweiz z.B. unbetäubt, also auch rituell "Halal" geschlachtet werden – und müsste nicht gekennzeichnet werden. Im Gegenzug wird bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung geweckt, dass bei fehlender Angabe 'Halal' das Produkt tatsächlich kein Halal Produkt ist, was jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entsprechen muss. Dadurch würden Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht. Ausserdem ist das Wort Halal nicht gleichzusetzen mit einer definierten Schlachtmethode und darum für das Anliegen des Initianten nicht zielführend.

Um dem Anliegen des Initianten gerecht zu werden, soll bei Fleisch generell die Angabe der Schlachtmethode lebensmittelrechtlich verpflichtend werden. Damit wird das Informationsbedürfnis der Konsumentinnen und Konsumenten gestillt und ein direkter Mehrwert geschaffen. Die Konsumentinnen und Konsumenten können direkt entscheiden, ob sie ein Produkt von einem unbetäubt geschlachteten Tier kaufen wollen oder nicht, unabhängig vom Zollkontingent, unter dem das Fleisch importiert wurde.

Das geltende Recht kennt bereits heute derartige zusätzliche Angaben zum Produkt: Gemäss Art. 19 der Verordnung des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH) vom 16. Dezember 2016 muss z.B. auf der Etikettierung von Fischereierzeugnissen zusätzlich die Produktionsmethode und die Kategorie des für den Fang eingesetzten Geräts gemacht werden. Dies ist in der Praxis bereits umgesetzt. Ein Obligatorium zur Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch soll entsprechend im Lebensmittelgesetz umgesetzt werden. Damit sind auch die zuständigen Vollzugsbehörden geregelt.

Mit einem Obligatorium zur Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch werden nicht nur für den Kaufentscheid der Konsumentinnen und Konsumenten wichtige Informationen verfügbar gemacht, sondern im gleichen Zug auch die Deklarationspflicht mittels einer von der Religionsfrage unabhängigen Angabe gelöst.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48 Abs. 2 ^{ter}	Ganzen Absatz streichen, Neu- regelung im Lebensmittelgesetz: Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch	Siehe allgemeine Bemerkungen

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Beschluss vom 20. August 2019

Protokoll-Nr. 26/529

Vernehmlassung Nationalrat (WBK-NR) betreffend Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden

I.

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-NR) unterbreitete den Kantonsregierungen mit Schreiben vom 2. Mai 2019 die Vorlage zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (LwG). Darin enthalten sind der Vorentwurf für die Änderung des Art. 48 des LwG sowie der erläuternde Bericht vom 12. April 2019.

Das Departement des Innern hat das Volkswirtschaftsdepartement zum Mitbericht eingeladen.

II.

Mit der Vorlage soll die parlamentarische Initiative 15.499 «Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden» umgesetzt werden, die eine Beseitigung der Probleme im Zusammenhang mit dem Verkauf von importiertem Halalfleisch verlangt. In der Schweiz dürfen Wirbeltiere nur unter Betäubung getötet werden (Schächtverbot). Eine Ausnahme von der Betäubungspflicht besteht nur beim rituellen Schlachten von Geflügel. Für die Einfuhr von Fleisch von rituell geschlachteten Tieren (Koscher- und Halalfleisch) bestehen dem Bedarf entsprechende Teilzollkontingente für die jüdische und die islamische Gemeinschaft. Mit dieser Vorlage soll eine Deklarationspflicht für Fleisch, das innerhalb dieser Teilzollkontingente importiert wird, eingeführt werden.

Grundsätzlich wird begrüsst, dass Koscher- und Halalfleisch als solches zu deklarieren ist. Indes ist nicht nachvollziehbar, weshalb diese Deklarationspflicht lediglich für Fleisch gelten soll, welches innerhalb der Teilzollkontingente eingeführt wird. Mit der vorgeschlagenen Regelung wäre Geflügel, welches rituell und ohne Betäubungsmittel geschlachtet wurde, nicht entsprechend zu kennzeichnen. Diese Ungleichbehandlung ist nicht gerechtfertigt. Vor dem Hintergrund, dass das Lebensmittelgesetz (LMG) bezweckt, der Konsumentin und dem Konsumenten die für den Erwerb von Lebensmitteln notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen und darunter auch die Informationen über die Schlachtmethode fallen, ist auch nicht nachvollziehbar, weshalb die Regelung Eingang ins LwG und nicht ins LMG finden soll. Hinzu kommt, dass der Vollzug

der entsprechenden Bestimmung durch die Lebensmittelkontrollbehörden erfolgen soll, welche in ihrer Tätigkeit das LMG sowie die gestützt darauf erlassenen Verordnungen anwenden. Auch aus Praktikabilitätsgründen würde eine Regelung im LMG, welches die Kontrolltätigkeit als solches ebenfalls regelt, daher mehr Sinn machen.

Die Vorlage wird aus den vorgenannten Gründen abgelehnt. Vielmehr wird eine vom Zollkontingent unabhängige Deklarationspflicht für Koscher- und Halalfleisch im LMG begrüsst.

III.

Auf Antrag des Departement des Innern wird

b e s c h l o s s e n:

1. Das vom Departement des Innern vorgelegte Formular zur Erfassung der Stellungnahme wird beraten und zur Zustellung an die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-NR) verabschiedet.
2. Mitteilung an:
 - Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-NR) (Regierungsratsbeschluss samt Beilage Formular als PDF und Word per Mail an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch)
 - Departement des Innern (sekretariat.di@ktsh.ch)
 - Volkswirtschaftsdepartement (sekretariat.vd@ktsh.ch)
 - Interkantonales Labor (kurt.seiler@ktsh.ch)
 - Veterinäramt (peter.uehlinger@ktsh.ch)
 - Landwirtschaftsamt (la-sh@ktsh.ch, markus.leumann@ktsh.ch)

DER STAATSSCHREIBER:


Dr. Stefan Bilger

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)

Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Regierungsrat des Kantons Schaffhausen
Adresse / Indirizzo	
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	29.7.2019

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die Vorlage wird aus den nachfolgenden Gründen abgelehnt: Einerseits ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Deklarationspflicht lediglich für Koscher- und Halalfleisch, welches innerhalb der für die jüdische und die islamische Gemeinschaft bestimmten Zollkontingente importiert wird, gelten soll. Andererseits ist nicht ersichtlich, weshalb die Deklarationspflicht im LwG und nicht im LMG verankert werden soll.

Im Vordergrund steht die korrekte Information der Konsumentinnen und Konsumenten für den Erwerb von Lebensmitteln, welche durch das LMG sichergestellt wird. **Deshalb würde vielmehr eine vom Zollkontingent unabhängige Deklarationspflicht für Koscher- und Halalfleisch im LMG begrüsst.** Hinzu kommt, dass der Vollzug durch die Lebensmittelkontrollbehörden erfolgen soll, welche in ihrer Tätigkeit bereits und vor allem das LMG sowie die gestützt darauf erlassenen Verordnungen anwenden. Auch aus Praktikabilitätsgründen würde eine Regelung im LMG, welches die Kontrolltätigkeit als solches ebenfalls regelt, daher mehr Sinn machen.

Schliesslich wird angeregt, einen internationalen Vergleich anzustellen, um allfällige Handelshemmnisse und damit einhergehende und allenfalls ungewollte Nebeneffekte zu vermeiden. Nicht bekannt ist, dass z.B. die EU eine entsprechende Regelung vorsieht.

Im Übrigen wird auf die Stellungnahme des Verbandes der Kantonschemiker verwiesen.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48 Abs. 2ter	Der Absatz ist zu streichen.	Siehe oben in allgemeine Bemerkungen.

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



Regierungsrat, 9102 Herisau

Kommission für Wissenschaft,
Bildung und Kultur
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 16. August 2019

Eidg. Vernehmlassung; 15.499 Parlamentarische Initiative. Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 2. Mai 2019 lud die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-NR) zur Vernehmlassung ein.

In der Beilage überlassen wir Ihnen das ausgefüllte Antwortformular.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Kanton Appenzell Ausserrhoden (AR)
Adresse / Indirizzo	Obstmarkt 1, 9102 Herisau
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	13. August 2019, im Namen des Regierungsrates sign. Ratschreiber Roger Nobs

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden lehnt die vorgeschlagene Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) ab. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Deklarationspflicht lediglich für Koscher- und Halalfleisch gelten soll, welches innerhalb der für die jüdische und die islamische Gemeinschaft bestimmten Zollkontingente importiert wird. Andererseits ist nicht ersichtlich, weshalb die Deklarationspflicht im LwG und nicht im Lebensmittelgesetz (LMG) verankert werden soll.

Die geforderte Deklaration 'halal' führt nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten, da ausschliesslich entsprechend den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden müsste. Geflügel darf jedoch beispielsweise auch in der Schweiz ohne Betäubung, also rituell, geschlachtet werden. Gemäss der vorgeschlagenen Gesetzesrevision müsste dieses nach wie vor nicht gekennzeichnet werden. Im Gegenzug wird bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung geweckt, dass bei fehlender Angabe das Produkt nicht 'halal' ist, was jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entsprechen muss. Dadurch würden Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht. Ausserdem ist das Wort 'halal' nicht gleichzusetzen mit einer definierten Schlachtmethode. Die vorgeschlagene Gesetzesrevision ist daher nicht zielführend.

Im Vordergrund steht die korrekte Information der Konsumentinnen und Konsumenten für den Erwerb von Lebensmitteln. Dies wird durch das LMG sichergestellt. Deshalb wäre vielmehr eine vom Zollkontingent unabhängige Deklarationspflicht für Koscher- und Halalfleisch im LMG anzustreben. Die Schlachtmethode von Fleisch sollte generell deklariert werden müssen. Die Konsumentinnen und Konsumenten würden transparent informiert und könnten entscheiden, ob sie ein Produkt von einem ohne Betäubung geschlachteten Tier kaufen wollen oder nicht – unabhängig vom Zollkontingent.

Hinzu kommt, dass der Vollzug durch die Lebensmittelkontrollbehörden erfolgen soll, welche in ihrer Tätigkeit bereits und vor allem das LMG sowie die gestützt darauf erlassenen Verordnungen anwenden. Auch aus Praktikabilitätsgründen wäre daher eine Regelung im LMG, das die Kontrolltätigkeit als solches ebenfalls regelt, folgerichtig.

Schliesslich wird angeregt, einen internationalen Vergleich anzustellen, um allfällige Handelshemmnisse und damit einhergehende und allenfalls ungewollte Nebeneffekte zu vermeiden.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Landwirtschaft
3003 Bern

Appenzell, 14. August 2019

Parlamentarische Initiative Buttet, Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

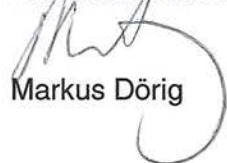
Mit Schreiben vom 2. Mai 2019 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur oben erwähnten parlamentarischen Initiative zukommen lassen.

Die Standeskommission ist mit der Stossrichtung der Vorlage grundsätzlich einverstanden. Insgesamt kann sie trotzdem nicht befürwortet werden. So fordern wir namentlich eine umfassende Deklarationspflicht von Koscher- und Halalfleisch. Zur weiteren Begründung verweisen wir auf den beiliegenden Fragekatalog.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

Beilage: Fragebogen

Zur Kenntnis an:

- schriftgutverwaltung@blw.admin.ch
- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Land- und Forstwirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Gaiserstrasse 8, 9050 Appenzell
- Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Kanton Appenzell Innerrhoden Standeskommission
Adresse / Indirizzo	Marktgasse 2, 9050 Appenzell
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	12. August 2019

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die Ständekommission stimmt zwar dem Inhalt und der Absicht der Vorlage zu. Der vorgelegte Entwurf wird aber abgelehnt.

Eine Deklarationspflicht für Koscher- und Halalfleisch wird begrüsst. Diese soll aber umfassend sein und nicht nur für ein bestimmtes Zollteilkontingent gelten. Importe von Koscher- und Halalfleisch ausserhalb der Kontingente sind nach dem Vorschlag weiterhin möglich und unterliegen nicht der Deklarationspflicht. Der zu erwartende Mehraufwand für die beteiligten Akteure wie Importeure, Fleischhandel, Detailhandel und Gastronomie erscheint gerechtfertigt gegenüber der geschaffenen Transparenz für Konsumentinnen und Konsumenten. Es ist widersprüchlich im Inland die Schlachtung von Tieren ohne Betäubung aus Gründen des Tier- und Konsumentenschutzes sowie der Lebensmittelhygiene zu verbieten, bei importiertem Fleisch, das nicht nach Schweizer Vorschriften hergestellt wurde, auf die Deklarationspflicht aber zu verzichten. Der administrative Mehraufwand entsteht den beteiligten Akteuren auch bei einer Deklaration nur im Rahmen der Zollteilkontingente. Es ist zu prüfen, ob die Deklarationspflicht im Landwirtschaftsgesetz (LwG, SR 910.1) oder besser im Lebensmittelgesetz (LMG, SR 817.0) verankert werden soll.

Darüber hinaus ist die Vereinbarkeit der Deklarationspflicht mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz vertieft zu klären, da von der Regelung sowohl das WTO-Abkommen über technische Handelshemmnisse als auch das bilaterale Agrarabkommen mit der Europäischen Union betroffen sind.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48 Abs. 2 ^{ter}	Der Absatz ist zu streichen.	Siehe oben in allgemeine Bemerkungen.

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Kommission für Wissenschaft,
Bildung und Kultur des Nationalrates
Parlamentsgebäude
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 22. August 2019

**Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes);
Vernehmlassungsantwort**

Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für Ihr Schreiben vom 2. Mai 2019 und die Gelegenheit, zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes) Stellung nehmen zu können. Gern äussern wir uns wie folgt:

Die vorgeschlagene Änderung des Landwirtschaftsgesetzes lehnen wir ab, weil sie den Grundzügen des Lebensmittelrechts widerspricht und in der Ausführung für Verwirrung sorgen wird.

Weitere Einzelheiten wollen Sie dem Anhang zu diesem Schreiben entnehmen.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Heidi Hanselmann
Präsidentin

Canisius Braun
Staatssekretär



Beilage:
Anhang

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Kanton St.Gallen Gesundheitsdepartement Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen
Adresse / Indirizzo	Blarerstrasse 2, 9001 St.Gallen
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	St.Gallen, 31. Juli 2019 Dr. Pius Kölbener, Kantonschemiker

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Diese Änderung des Landwirtschaftsgesetzes ist abzulehnen, weil sie den Grundzügen des Lebensmittelrechts widerspricht und in der Ausführung für Verwirrung sorgen wird.

In der Schweiz dürfen nach Art. 21 des eidgenössischen Tierschutzgesetzes (SR 455; abgekürzt TSchG) in Verbindung mit Art. der eidgenössischen Tierschutzverordnung (SR 455.1; abgekürzt TSchV) Wirbeltiere und Panzerkrebse nur unter Betäubung getötet werden (Schächtverbot). Die Einfuhr von Fleisch von im Ausland rituell geschlachteten Tieren (Koscher- und Halalfleisch) ist zulässig. Durch spezifische Zollkontingente für Halal- und Koscher-Fleisch wird der Import durch die Glaubensgemeinschaften begünstigt.

Die vom Initianten identifizierten Hauptprobleme des Imports von Halal- und Koscherfleisch betreffen wirtschaftliche Aspekte aus der Versteigerung der spezifischen Teilzollkontingente und die Forderung, dass die Deklaration von Koscher- und Halalfleisch von Tieren, die im Ausland ohne Betäubung geschlachtet wurden, obligatorisch wird.

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung werden beide Probleme nicht grundsätzlich gelöst. Erstens hat die Deklarationspflicht keinen Einfluss auf die bei der Versteigerung von Teilzollkontingenten erzielten Preise. Zweitens führt die geforderte Deklaration «Halal» oder «Koscher» nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten, da ausschliesslich entsprechend den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden muss. Auch Geflügel kann in der Schweiz so geschlachtet werden, dass es den Anforderungen von «Halal» oder «Koscher» entspricht – und müsste nicht gekennzeichnet werden. Im Gegenzug würde die neue Regelung bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung wecken, dass bei fehlender Angabe von «Halal» das Produkt tatsächlich kein Halal-Produkt ist, was jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entsprechen würde. Dadurch würden Konsumentinnen und Konsumenten indirekt getäuscht. Ausserdem sind die Wörter «Halal» oder «Koscher» nicht gleichzusetzen mit einer definierten Schlachtmethode, was die Kontrolle der korrekten Deklaration für die Lebensmittelkontrollbehörde schwierig machen wird.

Im Weiteren ist festzuhalten, dass eine lückenlose Rückverfolgbarkeit bereits nach aktuellem Lebensmittelrecht vorgeschrieben ist und nicht durch die Deklaration von «Halal» oder «Koscher» über alle Verarbeitungs- und Handelsstufen erreicht wird, wie dies in Abschnitt 2.2.2 im erläuternden Bericht behauptet wird. In Anbetracht der lebensmittelrechtlich verankerten Rückverfolgbarkeit für alle Lebensmittel (vgl. Art. 75 Bst. a Ziff. 4 der eidgenössischen Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung [SR 817.02]) erscheint diese zusätzliche rechtliche Regelung überflüssig, da damit ausser zusätzlichem administrativem Aufwand für Importeure, Händler und kantonale Lebensmittelkontrollorgane nichts gewonnen wird.

Alternativ wäre allenfalls eine privatrechtliche Zertifizierung für Koscher- und Halal-Produkte, wie sie im Bereich Bio, AOP oder Berg und Alp umgesetzt sind, zu prüfen.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48 Abs. 2 ^{ter}	Ganzen Absatz streichen, Neu- regelung im Lebensmittelgesetz: Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch	Siehe allgemeine Bemerkungen

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



Sitzung vom

20. August 2019

Mitgeteilt den

20. August 2019

Protokoll Nr.

612

Nationalrat
Kommission für Wissenschaft,
Bildung und Kultur
3003 Bern

Per E-Mail an:

schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

15.499 n Pa.lv. Buttet. Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden – Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. Mai 2019 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Gerne machen wir davon in dem von Ihnen zu Verfügung gestellten, beigeschlossenen Antwortformular Gebrauch.



Namens der Regierung
Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Beilage: Antwortformular

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)

Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Kanton Graubünden
Adresse / Indirizzo	Departement für Volkswirtschaft und Soziales Reichsgasse 35, 7000 Chur
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	13.8.2019

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

In der Schweiz dürfen Wirbeltiere nur unter Betäubung getötet werden. Die Einfuhr von Fleisch von rituell geschlachteten, also ohne Betäubung getöteten, Tieren (Koscher- und Halalfleisch) ist aber zulässig. Durch spezifische Zollkontingente für Halal- und Koscherfleisch wird der Import durch die Glaubensgemeinschaften begünstigt.

Die Ungleichbehandlung von Importeuren von konventionellem Fleisch gegenüber Importeuren von Halalfleisch im Rahmen der Teilzollkontingente (Teilbereich Differenzen bei Zuschlagspreisen) erachten wir für nicht gerechtfertigt. Die Problematik wird aber nicht in vorliegender Revision behandelt, weshalb nicht weiter darauf einzugehen ist.

Was den Teilbereich der Deklaration angeht, so ist eine Revision des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) nicht angezeigt. Die Vorlage in der vorliegenden Form wird also abgelehnt.

Einerseits erscheint eine Deklarationspflicht für eine Verarbeitungsmethode im LwG unter dem Titel «Verteilung der Zollkontingente» sachfremd. Mit Art. 18 LwG wäre im Übrigen bereits eine Bestimmung an der sachrichtigen Stelle vorhanden, womit der Bundesrat eine Regel erlassen könnte. Wenn aber der Begriff «Produktionsmethode» so eng verstanden wird, dass eine Verarbeitungsmethode (nämlich das Schlachten) darin nicht umfasst wird, dann wäre allenfalls Art. 18 LwG zu revidieren oder auf eine andere bestehende, passende Bestimmung abzustützen. Diesbezüglich böte Art. 14 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes (TSchG) eine Grundlage zur Lösung der vorliegenden Problematik: Der Bundesrat kann nämlich aus Gründen des Tierschutzes die Einfuhr von Tierprodukten an Bedingungen knüpfen, einschränken oder verbieten. Insofern könnte der Bundesrat in eigener Kompetenz die Einführung von Koscher- und Halalfleisch von einer entsprechenden Deklaration abhängig machen. Der Vorbehalt in Art. 14 Abs. 1 Satz 2 TSchG steht dem nicht entgegen – dieser kann nämlich nur insoweit gelten, als die Einfuhr zur Versorgung der entsprechenden Glaubensgemeinschaften möglich bleibt. Als weitere Alternative könnte das Lebensmittelrecht revidiert werden und damit ein Obligatorium zur Angabe der Schlachtmethode umgesetzt werden. Das würde auch keine Probleme im Vollzug ergeben.

Andererseits würde die geforderte Deklaration 'Halal' nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten führen, da ausschliesslich entsprechend den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden müsste. Geflügel darf auch in der Schweiz z.B. unbetäubt, also auch rituell geschlachtet werden – und müsste nicht gekennzeichnet werden. Im Gegenzug wird bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung geweckt, dass bei fehlender Angabe 'Halal' das Produkt tatsächlich kein Halal-Produkt ist, was jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entsprechen muss. Dadurch würden Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht. Ausserdem ist das Wort Halal nicht gleichzusetzen mit einer definierten Schlachtmethode.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Kanton Verständnis für das Anliegen aufbringt (wobei durchaus zu hinterfragen ist, ob vor dem Hintergrund der übermässigen Regulierung die Einführung einer neuen Deklarationspflicht tatsächlich notwendig ist, nur weil es in der Praxis «möglich» sei, dass solches Fleisch von den anerkannten Verkaufsstellen auch ausserhalb der islamischen Gemeinschaft verkauft werde), aber die Regelung, wenn eine solche denn eingeführt werden soll, an einer anderen Stelle zu erfolgen hat.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

**DEPARTEMENT
GESUNDHEIT UND SOZIALES**

Amt für Verbraucherschutz

Alda Breitenmoser, Dr. med. vet.
Amtsleiterin
Obere Vorstadt 14, 5000 Aarau
Telefon direkt 062 835 30 21
Telefon zentral 062 835 30 20
Fax 062 835 30 49
alda.breitenmoser@ag.ch
www.ag.ch/dgs

Per e-Mail an:

Bundesamt für Landwirtschaft
Schwarzenburgstrasse 165
3003 Bern

22. August 2019

Parlamentarische Initiative Buttet: Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Mai 2019 eröffnete die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates die Vernehmlassung zu einem Vorentwurf zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes. Im Namen des Kantons Aargau bedanken sich die beiden Abteilungen, Amt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft Aargau für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Wir äussern uns zur Vorlage wie folgt:

Der Kanton Aargau lehnt diese Vorlage ab, weil sie den Grundzügen des Lebensmittelrechts widerspricht. Er schlägt alternativ nachfolgende Lösung vor:

In der Schweiz dürfen nach Artikel 21 des Tierschutzgesetzes vom 16. Dezember 2005 (TSchG) in Verbindung mit Artikel 178 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 (TschV) Wirbeltiere und Panzerkrebse nur unter Betäubung getötet werden (Schächtverbot). Die Einfuhr von Fleisch von rituell geschlachteten Tieren (Koscher- und Halalfleisch) ist zulässig. Durch spezifische Zollkontingente für Halal- und Kosher-Fleisch wird der Import durch die Glaubensgemeinschaften begünstigt. Die vom Initianten identifizierten Hauptprobleme des Imports von Halalfleisch betreffen wirtschaftliche Aspekte aus der Versteigerung der spezifischen Teilzollkontingente und die Forderung, dass die Deklaration von Halalfleisch von Tieren die im Ausland ohne Betäubung geschlachtet wurden obligatorisch wird.

Die geforderte Deklaration 'Halal' führt nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten, da ausschliesslich entsprechend den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden muss. Geflügel darf auch in der Schweiz z.B. unbetäubt, also auch rituell "Halal" geschlachtet werden – und müsste nicht gekennzeichnet werden. Im Gegenzug wird bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung geweckt, dass bei fehlender Angabe 'Halal' das Produkt tatsächlich kein Halal-Produkt ist, was jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entsprechen muss. Dadurch würden Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht. Ausserdem ist das Wort Halal nicht gleichzusetzen mit einer definierten Schlachtmethode und darum für das Anliegen des Initianten nicht zielführend.

Das Hauptproblem mit den grossen Differenzen bei den durchschnittlichen Zuschlagspreisen für Kontingentsanteile für Halalfleisch konnte mittels Änderung im Vollzug der Schlachtviehverordnung gelöst werden. Beim Teilbereich Deklaration erachten wir eine generelle Deklarationspflicht von Fleisch mit der angewendeten Schlachtmethode als unverhältnismässig und nicht zwingend.

Antrag

Um dem Anliegen des Initianten gerecht zu werden, soll Fleisch von unbetäubt geschlachteten Tieren lebensmittelrechtlich verpflichtend deklariert werden. Diese Deklarationspflicht soll sowohl für Importfleisch als auch für Fleisch von in der Schweiz produzierten und geschlachteten Tieren gelten.

Damit wird das Informationsbedürfnis der Konsumentinnen und Konsumenten gestillt und ein direkter Mehrwert geschaffen. Die Konsumentinnen und Konsumenten können direkt entscheiden, ob sie ein Produkt von einem unbetäubt geschlachteten Tier kaufen wollen oder nicht, unabhängig vom Zollkontingent, unter dem das Fleisch importiert wurde.

Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse



Alda Breitenmoser
Amtsleiterin



Matthias Müller
Abteilungsleiter

Kopie

- schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Kommission für Wissenschaft, Bildung und
Kultur des Nationalrats
Frau Christine Bulliard-Marbach
Kommissionspräsidentin
3003 Bern

Frauenfeld, 20. August 2019

15.499 n Pa.Iv. Buttet. Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Entwurf der WBK-N zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative von NR Yannick Buttet.

Die WBK-N schlägt vor, das Bundesgesetz über die Landwirtschaft (LwG, SR 910.1) mit einem Artikel 48 Abs. 2^{ter} zu ergänzen, der eine Verpflichtung zur Deklaration des Fleisches vorschreibt, welches innerhalb der für die jüdische und islamische Gemeinschaft bestimmten Zollkontingente eingeführt wurde. Der Bundesrat solle die Umsetzungsvorschriften dazu erlassen.

In der Schweiz dürfen nach Artikel 21 des Tierschutzgesetzes vom 16. Dezember 2005 (TSchG) in Verbindung mit Artikel 178 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 (TSchV) Wirbeltiere und Panzerkrebse nur unter Betäubung getötet werden. Zulässig ist jedoch die Einfuhr von Fleisch von rituell geschlachteten Tieren (Koscher- und Halalfleisch). Für den Import von Koscherfleisch sind die Teilzollkontingente Nr. 5.3 und 5.4 vorgesehen. Die Teilzollkontingente Nr. 5.5 und 5.6 sind dem Import von Halalfleisch vorbehalten (Schlachtviehverordnung SV, 916.341). Die Voraussetzungen und Bestimmungen für die Zuteilung der Kontingentsanteile für Koscher- und Halalfleisch sind in den Artikeln 18 und 18a SV geregelt. Durch diese spezifischen Zollkontingente für Koscher- und Halalfleisch wird der Import durch die Glaubensgemeinschaften begünstigt.

Die vom Initianten identifizierten Hauptprobleme des Imports von Halalfleisch betreffen wirtschaftliche Aspekte aus der Versteigerung der spezifischen Teilzollkontingente. Innerhalb dieser Teilzollkontingente können Fleischprodukte für die erwähnten Glaubens-

gemeinschaften aufgrund der Marktlage zu markant günstigeren Konditionen importiert werden. Es ist dabei nicht auszuschliessen, dass diese dann ausserhalb der Glaubensgemeinschaften angeboten werden, was zu einer Marktverzerrung führt. Dieses Problem soll durch eine obligatorische Deklaration gelöst werden bezüglich Halal- und Koscherfleisch von Tieren, die im Ausland ohne Betäubung geschlachtet wurden.

Mit der jetzt durch die WBK-N vorgeschlagenen Gesetzesänderung werden die angesprochenen Probleme jedoch nicht gelöst. Die geforderte Deklaration "halal" bzw. "koscher" führt nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten über die Schlachtung ohne Betäubung, da ausschliesslich entsprechend den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden müsste. Das Fleisch von anderweitig ohne Betäubung geschlachteter Tiere dürfte jedoch weiterhin ohne entsprechende Kennzeichnung in Verkehr gebracht werden.

Die hohen Schweizer Anforderungen an die Betäubung bei der Schlachtung sind nicht weltweit gegeben. Es wird auch "herkömmliches" (nicht halal oder koscheres) Fleisch in die Schweiz importiert, welches trotz einer Schlachtung ohne oder mit ungenügender Betäubung nicht entsprechend zu kennzeichnen ist. Eine Kennzeichnung der Schlachtmethode basierend auf der zolltechnischen Art des Imports ist daher nicht zielführend. Zudem ist auch die Bezeichnung "halal" nicht gleichzusetzen mit einer definierten Schlachtmethode, sondern umschreibt eine nicht abschliessend festgelegte religiös begründete Genusstauglichkeit und kann deshalb als Kennzeichnung für eine Schlachtmethode nicht zielführend sein.

Bei den Konsumentinnen und Konsumenten würde durch die vorgesehene Deklaration die Erwartung geweckt, dass ohne die Angabe "halal" bzw. "koscher" das Produkt gemäss den in der Schweiz üblichen Vorschriften geschlachtet wurde, was nicht notwendigerweise den Tatsachen entspricht.

Betreffend Kontrolle der Kennzeichnung ist vorgesehen, dass diese durch die kantonalen Lebensmittelkontrollbehörden erfolgen soll. Der Vollzug der jetzt vorgeschlagenen landwirtschaftsrechtlichen Bestimmung unter Anwendung des Lebensmittelrechts (Täuschungsschutz) kann verwaltungsrechtlich kaum befriedigend umgesetzt werden. Es ist deshalb wünschenswert, dass Kennzeichnungsvorgaben für Lebensmittel im Bereich des Lebensmittelrechts geregelt werden. Falls das Ziel einer Konsumenteninformation über die Schlachtmethode bei Fleisch erreicht werden soll, kann dies besser durch zusätzliche lebensmittelrechtliche Kennzeichnungsvorschriften erreicht werden. Den Kantonen und den zuständigen Behörden wird jedoch auch dann ein erheblicher Zusatzaufwand entstehen.

3/3

Auch wenn das Anliegen des Initianten berechtigt ist, führt die vorgeschlagene Umsetzung nicht zum gewünschten Ziel. Auf die Einführung von Art. 48 Abs. 2^{ter} LwG ist daher zu verzichten, und es ist ein anderer Weg zu suchen, um diesem Anliegen gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber

i. V.



Beilage: ausgefüllter Fragebogen

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Kanton Thurgau
Adresse / Indirizzo	8510 Frauenfeld
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	20.8.2019

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die geforderte Deklaration "halal" bzw. "koscher" führt **nicht** zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten über die Schlachtung ohne Betäubung, da ausschliesslich das innerhalb der begünstigten Zollkontingente importierte Fleisch gekennzeichnet werden müsste. Das Fleisch von anderweitig ohne Betäubung geschlachteter Tiere dürfte weiterhin ohne entsprechende Kennzeichnung in Verkehr gebracht werden.

Die geforderte Kennzeichnung als halal/koscher hätte bei den Konsumentinnen und Konsumenten die irreführende Annahme zur Folge, dass nicht gekennzeichnetes Fleisch immer mit Betäubung geschlachtet worden sei, was wie erwähnt nicht zutreffend ist. Die vorgesehene Kennzeichnung würde nicht über die Schlachtmethode informieren, sondern über zolltechnischen Art des Imports.

Es ist vorgesehen, dass die Kontrolle der Kennzeichnung durch die kantonalen Lebensmittelkontrollbehörden erfolgen soll. Der Vollzug der jetzt vorgeschlagenen landwirtschaftsrechtlichen Bestimmung unter Anwendung des Lebensmittelrechts (Täuschungsschutz) kann jedoch verwaltungsrechtlich kaum befriedigend umgesetzt werden. Es ist deshalb wünschenswert, dass Kennzeichnungsvorgaben für Lebensmittel im Bereich des Lebensmittelrechts geregelt werden. Falls auch das Ziel einer Konsumenteninformation über die Schlachtmethode bei Fleisch erreicht werden soll, kann dies einfach durch zusätzliche lebensmittelrechtliche Kennzeichnungsvorschriften erreicht werden.

Es ist zutreffend, dass die heute bestehenden Vorschriften betreffend Importkontingente zu einer Marktverzerrung führen. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung würde jedoch zu Fehlinformationen bei Konsumentinnen und Konsumenten führen. Sofern die Kontrolle der Kennzeichnung durch die kantonalen Lebensmittelkontrollbehörden erfolgen sollte, würde den Kantonen und den zuständigen Behörden zudem ein erheblicher Zusatzaufwand entstehen.

Aus diesen Gründen ist auf den vorgeschlagene Art. 48 Abs. 2^{ter} LwG in dieser Form zu verzichten.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
48 Abs. 2ter	streichen	vgl. Allgemeine Bemerkungen

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

3233

cl

0

3 luglio 2019

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Commissione della scienza, dell'educazione
e della cultura del Consiglio nazionale
(CSEC-N)
3003 Berna

Invio per posta elettronica:
schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

Consultazione: Dichiarazione delle carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Gentili Signore,
egregi Signori,

vi ringraziamo per l'invito a prendere posizione in merito alla consultazione concernente la "dichiarazione delle carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)".

A tale proposito vi informiamo che non abbiamo particolari osservazioni da formularvi. L'introduzione del nuovo art. 48 cpv. 2ter della legge federale sull'agricoltura (LAgr), che salutiamo favorevolmente, permette la tracciabilità di tutta la carne kosher o halal importata fino alla vendita al dettaglio o offerta negli esercizi pubblici (ristorazione) e, di conseguenza, consente al consumatore di scegliere se acquistare o consumare carne ottenuta da animali macellati senza previo stordimento.

Ringraziandovi per la preziosa opportunità accordata di esprimerci in materia, vogliate gradire, gentili Signore ed egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

Christian Vitta

Il Cancelliere:

Arnoldo Coduri

Copia (con invio interno) a:

- Divisione dell'economia (dfe-de@ti.ch);
- Sezione dell'agricoltura (dfe-sa@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in internet.

Réf. : CS/15025638

Lausanne, le 21 août 2019

**Consultation fédérale relative à l'initiative parlementaire Buttet (15.499n) -
*Importation de viande halal provenant d'abattages sans étourdissement***

Mesdames, Messieurs,

En date du 2 mai 2019, vous avez fait parvenir à la Chancellerie d'Etat le projet de révision de la loi sur l'agriculture (LAgr ; RS 910.1) visant à mettre en œuvre l'initiative citée en objet, ce dont le Gouvernement vaudois vous remercie. Le formulaire de réponse à la consultation proposé lors de l'audition rassemble les commentaires détaillés du Conseil d'Etat.

Si celui-ci salue la prise de conscience relative à cette problématique, il tient à formuler les observations suivantes :

L'article 21 de la loi du 16 décembre 2005 sur la protection des animaux (LPA ; RS 455), ainsi que l'article 178 de l'ordonnance du 23 avril 2008 sur la protection des animaux (OPAn ; RS 455.1), disposent que les vertébrés et les décapodes marcheurs ne peuvent être mis à mort que s'ils ont été étourdis (interdiction de l'abattage rituel). Une exception à l'obligation d'étourdissement n'existe en Suisse que dans le cas de l'abattage de la volaille (art. 179b al. 4 OPAn). L'importation de viande provenant d'animaux ayant fait l'objet d'un abattage rituel (viande kasher et halal) est autorisée en Suisse. Afin d'assurer un approvisionnement correspondant aux besoins des communautés juives et musulmanes, il existe des contingents tarifaires partiels pour ce type d'importation.

L'initiant identifie différents enjeux liés à l'importation de viande halal. Sont notamment cités les aspects économiques relatifs à la mise aux enchères des contingents tarifaires partiels. Ainsi, l'initiative exige la mise à niveau des prix d'adjudication moyens des contingents tarifaires partiels appliqués à la viande halal avec ceux pratiqués pour la viande conventionnelle comparable. L'initiative propose également d'instaurer une déclaration obligatoire de la viande halal provenant d'animaux qui, en dérogation au droit suisse, ont été abattus à l'étranger sans avoir fait l'objet d'un étourdissement préalable.

Si le Conseil d'Etat perçoit également certaines problématiques liées aux enjeux précités, il est d'avis que le projet de révision tel que proposé n'apporte en réalité pas une solution pleinement adaptée et qu'il s'agit d'aller plus loin dans la finalité visée.

En effet, l'obligation de déclaration de la viande halal n'a aucune influence sur les prix obtenus lors de la mise aux enchères des contingents tarifaires partiels. Par ailleurs, l'obligation d'apposer la mention "halal" n'est pas de nature en tant que telle à apporter une transparence totale au consommateur. Citons à titre d'exemple les volailles, qui, comme indiqué précédemment, peuvent être abattues sans étourdissement préalable. Le projet de révision ne propose toutefois pas d'étiqueter le mode d'abattage de la viande de volaille. Avec le système proposé, dans un cas de viande importée dans le cadre d'un contingent partiel, les consommateurs pourraient imaginer qu'un produit n'est pas un produit halal s'il n'est pas étiqueté avec la mention "halal". En outre, le mot "halal", apparenté à une religion, ne saurait être utilisé en tant que tel afin de définir une méthode d'abattage.

Afin de tenir compte des préoccupations mentionnées dans l'initiative, il apparaît plutôt que l'indication systématique de la méthode d'abattage de la viande devrait être introduite dans la législation alimentaire. Cela répondrait davantage aux besoins d'information des consommateurs, avec une valeur ajoutée directe, ces derniers pouvant décider s'ils souhaitent acheter un produit provenant d'un animal abattu sans étourdissement ou non, quel que soit le contingent douanier en vertu du lequel la viande a été importée et quelle que soit l'espèce animale concernée.

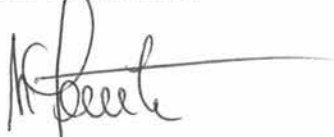
A cet égard, citons l'article 19 de l'Ordonnance du 16 décembre 2016 du Département fédéral de l'intérieur (DFI) sur les denrées alimentaires d'origine animale (ODAIAn ; RS 817.022.108), relatif à l'étiquetage des produits de la pêche, selon lequel la méthode de production et la catégorie d'engin de pêche utilisé pour la capture du poisson doivent être indiquées. Cela a déjà été mis en œuvre dans la pratique.

En conclusion, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud estime que l'obligation d'indiquer systématiquement la méthode d'abattage de la viande devrait s'appliquer de manière générale et uniforme et être introduite dans la législation alimentaire. Procéder à un étiquetage clair et uniforme du produit ne se limitant pas à la viande kasher et halal permettrait non seulement aux consommateurs de prendre une décision d'achat réellement éclairée, mais également de résoudre la problématique liée à l'obligation de déclaration au moyen d'une indication qui serait indépendante de la question religieuse.

Nous vous remercions par avance de bien vouloir prendre en considération nos déterminations et vous prions de croire, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de notre parfaite considération.

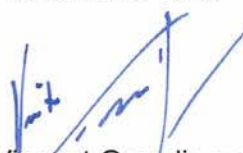
AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Annexe

- Formulaire de réponse à la consultation

Copies

- SPEI
- OAE

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Conseil d'Etat vaudois
Adresse / Indirizzo	Château cantonal, 1014 Lausanne
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

L'article 21 de la loi du 16 décembre 2005 sur la protection des animaux (LPA), ainsi que l'article 178 de l'ordonnance du 23 avril 2008 sur la protection des animaux (OPAn), disposent que les vertébrés et les décapodes marcheurs ne peuvent être mis à mort que s'ils ont été étourdis (interdiction de l'abattage rituel). Une exception à l'obligation d'étourdissement n'existe en Suisse que dans le cas de l'abattage de la volaille (art. 179b al. 4 OPAn). L'importation de viande provenant d'animaux ayant fait l'objet d'un abattage rituel (viande kasher et halal) est autorisée en Suisse. Afin d'assurer un approvisionnement correspondant aux besoins des communautés juives et musulmanes, il existe des contingents tarifaires partiels pour ce type d'importation.

L'initiant identifie différents enjeux liés à l'importation de viande halal. Sont notamment cités les aspects économiques relatifs à la mise aux enchères des contingents tarifaires partiels. Ainsi, l'initiative exige la mise à niveau des prix d'adjudication moyens des contingents tarifaires partiels appliqués à la viande halal avec ceux pratiqués pour la viande conventionnelle comparable. L'initiative propose également d'instaurer une déclaration obligatoire de la viande halal provenant d'animaux qui, en dérogation au droit suisse, ont été abattus à l'étranger sans avoir fait l'objet d'un étourdissement préalable.

Si le Conseil d'Etat perçoit également certaines problématiques liées aux enjeux précités, il est d'avis que le projet de révision tel que proposé n'apporte en réalité pas une solution pleinement adaptée et qu'il s'agit d'aller plus loin dans la finalité visée.

En effet, l'obligation de déclaration de la viande halal n'a aucune influence sur les prix obtenus lors de la mise aux enchères des contingents tarifaires partiels. Par ailleurs, l'obligation d'apposer la mention "halal" n'est pas de nature en tant que telle à apporter une transparence totale au consommateur. Citons à titre d'exemple les volailles, qui, comme indiqué précédemment, peuvent être abattues sans étourdissement préalable. Le projet de révision ne propose toutefois pas d'étiqueter le mode d'abattage de la viande de volaille. Avec le système proposé, dans un cas de viande importée dans le cadre d'un contingent partiel, les consommateurs pourraient imaginer qu'un produit n'est pas un produit halal s'il n'est pas étiqueté avec la mention "halal". En outre, le mot « halal », apparenté à une religion, ne saurait être utilisé en tant que tel afin de définir une méthode d'abattage.

Afin de tenir compte des préoccupations mentionnées dans l'initiative, il apparaît plutôt que l'indication systématique de la méthode d'abattage de la viande devrait être introduite dans la législation alimentaire. Cela répondrait davantage aux besoins d'information des consommateurs, avec une valeur ajoutée directe, ces derniers pouvant décider s'ils souhaitent acheter un produit provenant d'un animal abattu sans étourdissement ou non, quel que soit le contingent douanier en vertu duquel la viande a été importée et quelle que soit l'espèce animale concernée.

A cet égard, citons l'article 19 de l'Ordonnance du 16 décembre 2016 du Département fédéral de l'intérieur (DFI) sur les denrées alimentaires d'origine animale (ODAIAn), relatif à l'étiquetage des produits de la pêche, selon lequel la méthode de production et la catégorie d'engin de pêche utilisé pour la capture du poisson doivent être indiquées. Cela a déjà été mis en œuvre dans la pratique.

En conclusion, le Conseil d'Etat estime que l'obligation d'indiquer systématiquement la méthode d'abattage de la viande devrait s'appliquer de manière générale et uniforme et être introduite dans la législation alimentaire. Procéder à un étiquetage clair et uniforme du produit ne se limitant pas à la viande kasher et halal permettrait non seulement aux consommateurs de prendre une décision d'achat réellement éclairée, mais également de résoudre la problématique liée à l'obligation de déclaration au moyen d'une indication qui serait indépendante de la question religieuse.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48 Al. 2 ^{ter}	Suppression de l'alinéa proposé	Voir sous remarque générale

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



Conseil d'Etat
Staatsrat
CP 478, 1951 Sion

**CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS**



2019.02112

Conseil national
Commission de la science, de l'éducation
et de la culture
Madame Christine Bulliard-Marbach
Présidente
3003 Berne

Notre réf. GD
Votre réf. /

Date 22 mai 2019

15.499 n lv. pa Buttet - Importation de viande halal provenant d'abattages sans étourdissement - Consultation

Madame la Présidente,

Votre correspondance du 2 mai 2019 relative à la consultation sur l'importation de viande halal provenant d'abattages sans étourdissement nous est bien parvenue.

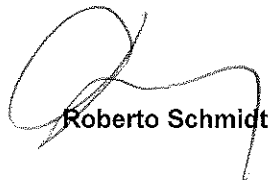
Le Canton du Valais est plutôt favorable à ce projet. Il salue notamment le fait que le consommateur sera mieux informé avec le changement proposé.

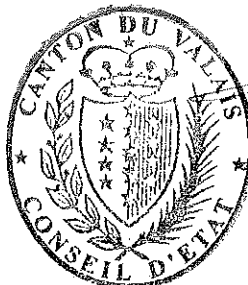
Par contre, les moyens nécessaires pour le contrôle de cette nouvelle obligation doivent être mis à disposition des autorités cantonales d'exécution.

Vous remerciant de prendre en considération nos observations, nous vous prions d'agréer, Madame la Présidente, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président


Roberto Schmidt



Le chancelier


Philipp Spörri

Copie à par courriel à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch



Place de la Planta, CP 478, 1951 Sion
Tél. 027 606 21 00 · Fax 027 606 21 04



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courriel :
schriftgutverwaltung@blw.admin.ch
Commission de la science, de l'éducation et
de la culture
Mme Christine Bulliard-Marbach
Présidente
3003 Berne

Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)

Madame la présidente,

Nous vous remercions de nous avoir consulté au sujet de l'avant-projet susmentionné et vous prions de trouver ci-joint le questionnaire y relatif muni de notre avis.

Nous approuvons la modification envisagée qui vise une meilleure information des consommateurs et consommatrices, dans un domaine devenu très sensible. Il est parfois permis de douter que la viande halal ne soit vendue que dans la communauté musulmane; aussi, chaque indication supplémentaire exigée permet un achat plus ciblé, en adéquation avec les valeurs des acheteurs et acheteuses.

Cependant, à notre avis, la proposition faite ne va pas assez loin, en ce sens que dans bon nombre de pays les animaux sont abattus sans étourdissement préalable pour répondre à la demande mondiale croissante de viande kasher et halal. Cette viande non déclarée comme telle inonde le marché suisse sans que le consommateur n'en soit informé. Il s'agit là d'une tromperie à large échelle. La viande et les produits à base de viande kasher ou halal doivent donc être déclarés comme telle lors de chaque importation.

Réitérant nos remerciements de nous avoir consulté, nous vous prions d'agréer, Madame la présidente, nos salutations distinguées.

Neuchâtel, le 21 août 2019



Au nom du Conseil d'État :

Le président,
A. RIBAUX

La chancelière,
S. DESPLAND

Annexe mentionnée

NE

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	République et canton de Neuchâtel
Adresse / Indirizzo	Château, 2000 Neuchâtel
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	21.08.2019

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

La modification proposée est pertinente et vise une meilleure information des consommateurs et consommatrices, dans un domaine devenu très sensible.

Nous saluons l'introduction de ce nouvel article qui va contribuer à limiter, voire à supprimer la revente de viande kasher et halal aux consommateurs de viande conventionnelle, alors que ceux-ci n'en sont pas informés. Acquis dans le cadre des contingents tarifaires destinés aux communautés juives et musulmanes, cette viande moins chère trouve facilement preneur sur le marché conventionnel, au détriment de la transparence et de l'information. Il s'agit là d'une tromperie manifeste qui doit être corrigée. La proposition faite y répond mais elle ne va pas assez loin, en ce sens que bon nombre de pays abattent les animaux sans étourdissement préalable pour répondre à la demande mondiale croissante et majoritaire de viande kasher et halal. Si l'on souhaite que le consommateur ne soit pas trompé, il doit pouvoir connaître le mode d'abattage, c'est-à-dire avec ou sans étourdissement préalable. La mention de viande kasher ou halal doit donc être déclarée comme telle lors de chaque importation de viande ou de produit à base de viande.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48 al. 2ter	La viande kasher et halal qui est importée est à déclarer comme telle.	Introduire la déclaration de la viande kasher et halal pour toute les importations de viande et pas seulement dans le cadre des contingents tarifaires pour les communautés juives et musulmanes.

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



Genève, le 17 juillet 2019

Le Conseil d'Etat

3414-2019

Conseil national
Commission de la science, de
l'éducation et de la culture
Madame Christine Bulliard-Marbach
Présidente de la commission
Palais fédéral
3003 Berne

Concerne : 15.499 n lv. pa Buttet. Importation de viande halal provenant d'abattages sans étourdissement

Madame la Présidente,

Votre courrier du 2 mai 2019, relatif à l'initiative citée en marge, a retenu toute notre attention.

Notre Conseil salue l'idée que la viande d'importation issue de modes d'abattage sans étourdissement soit déclarée afin que le consommateur puisse choisir ses produits et ses commerces en connaissance de cause. En effet, la protection des animaux et les conditions de mise à mort du bétail de rente sont des sujets hautement sensibles en Suisse et il nous paraît opportun que la déclaration du mode d'abattage soit parfaitement transparente, ce d'autant plus que ces pratiques ne sont pas autorisées sur notre territoire.

Cependant, nous ne partageons pas l'avis du Conseil national de limiter cette déclaration obligatoire aux seuls produits importés relatifs aux contingents tarifaires partiels N° 5.3, 5.4, 5.5 et 5.6 alors que de nombreux autres produits issus des mêmes modes d'abattage, mais importés sous d'autres régimes tarifaires continueraient d'être vendus sans déclaration. Pour le consommateur, ceci serait source de confusion et ne lui permettrait pas vraiment de choisir en toute connaissance de cause.

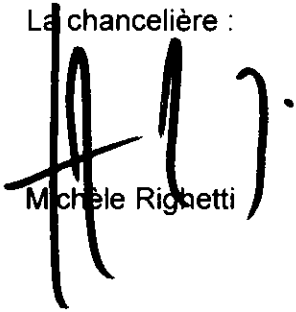
En effet, pour la grande majorité des consommateurs soucieux du bien-être animal, peu importe le type de contingent d'importation, ce qui lui est prépondérant c'est la protection des animaux et le mode d'abattage. Le consommateur serait alors régulièrement trompé en achetant de la marchandise produite avec un abattage sans étourdissement, mais non déclarée comme telle, car vendue hors des contingents tarifaires concernés. L'information pour la population ne serait donc pas meilleure qu'aujourd'hui.

Notre Conseil est donc d'avis qu'il faudrait plutôt étendre cette obligation de déclaration à l'ensemble de la viande importée provenant d'abattages sans étourdissement. Dans l'hypothèse où cette solution ne serait pas retenue, il serait alors jugé plus judicieux de renoncer à cette déclaration.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Présidente, à l'expression de notre parfaite considération.

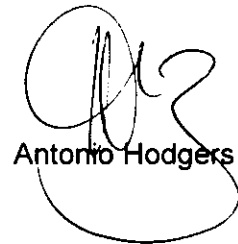
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michele Rigetti

Le président :



Antonio Hodgers

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Mail an: schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

Bern, 23. August 2019

Vernehmlassung: Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die Vorlage setzt die parlamentarische Initiative von CVP alt Nationalrat Yannick Buttet 15.499 «Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden» um. Sie verlangt eine Beseitigung der Probleme im Zusammenhang mit dem Verkauf von importiertem Halalfleisch.

Das Ziel der Initiative ist es, Probleme im Zusammenhang mit dem Verkauf von importiertem Fleisch von rituell geschlachteten Tieren zu beheben. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates hat auf der Grundlage des Initiativtextes zwei Teilbereiche identifiziert, jenen der Differenz bei den durchschnittlichen Zuschlagspreisen für Kontingentsanteile für Fleisch von rituell geschlachteten Tieren und für konventionelle Edelstücke sowie jenen der mangelhaften Deklaration. Die Problematik der Zuschlagspreise wurde basierend auf der geltenden Schlachtviehverordnung mit einer Änderung der Spezifikation der Fleischstücke angegangen. Die CVP unterstützt diese Änderung und dieses Vorgehen.

Zum Teilbereich der Deklaration schlägt die Kommission vor, einen Absatz 2 ter bei Artikel 48 LwG einzuführen. Neu soll Koscher- und Halalfleisch, das innerhalb der für die jüdische und die islamische Gemeinschaft bestimmten Zollkontingente eingeführt wird, als solches deklariert werden. Die CVP begrüsst die Vernehmlassungsvorlage und den neuen Absatz 2ter bei Artikel 48 des Landwirtschaftsgesetzes.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz

Kommission für Wissenschaft,
Bildung und Kultur
3003 Bern

Per Mail an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

Bern, 13. August 2019

Deklaration Halal- und
Koscherfleisch / DD

**15.499 n Pa.Iv. Buttet. Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden: Vorentwurf zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (LwG)
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung obgenannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen spricht sich aus den nachfolgenden Gründen gegen den von der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-NR) am 12. April 2019 angenommenen Vorentwurf zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) aus.

Hauptanliegen der parlamentarischen Initiative bereits erfüllt

Das Hauptanliegen der parlamentarischen Initiative Buttet (15.499) war, das Problem der tieferen Zuschlagspreise innerhalb der für die muslimische bzw. jüdische Glaubensgemeinschaft reservierten Teilzollkontingente für Halal- und Koscherfleisch Nr. 5.3, 5.4, 5.5 und 5.6 (TZK) und des dadurch entstehenden Missbrauchsanreizes und die Konkurrenzierung der Händler von herkömmlichem Fleisch zu beheben. Mittels einer Anpassung der Vollzugspraxis der Schlachtviehverordnung (veränderte Spezifikation der zum Import in den Teilzollkontingenten zulässigen Fleischstücke mit Wirkung auf den 1. April 2019) konnte dafür bereits eine Lösung gefunden werden.

Unnötige, unwirksame Massnahme

Der vorliegende Vorentwurf soll sich daher allein dem zweiten Anliegen, dem Konsumentenschutz, annehmen. Diesbezüglich ist fraglich, ob überhaupt noch ein Problem besteht. Dass innerhalb der TZK importiertes Halal- und Koscherfleisch Konsumenten undecklarierterweise auf dem herkömmlichen Markt zum Kauf angeboten wurde, war eine Folge des durch die tieferen Zuschlagspreise hergestellten Missbrauchsanreizes. Da dieser nun nicht mehr besteht, ist die Gefahr für Konsumenten, unwissentlich innerhalb der TZK importiertes Halal- oder Koscherfleisch zu kaufen und zu konsumieren, daher sehr gering.

Hinzu kommt, dass der Vorentwurf eine Deklarationspflicht vorschlägt, die nur für innerhalb der TZK importiertes Halal- und Koscherfleisch gelten soll. Der Import von Koscher- und Halalfleisch ist aber auch ausserhalb dieser Teilzollkontingente möglich und würde weiterhin keiner Deklarationspflicht unterstehen. Der Konsument wäre daher auch mit der neu eingeführten Deklarationspflicht nicht davor geschützt, unwissentlich Koscher- oder Halalfleisch zu kaufen und zu konsumieren.

Problematische Differenzierung

Weiter stellt sich die Frage, wie eine solche zwischen Importen inner- und ausserhalb der TZK differenzierende Regulierung zu rechtfertigen wäre. Auch hier liegt das Problem darin, dass das Hauptanliegen der parlamentarischen Initiative bereits erfüllt wurde. Die tieferen Preise des innerhalb der TZK importierten Halal- und Koscherfleisches, hätten einen Grund für dessen unterschiedliche Behandlung darstellen können. Da dagegen nun aber bereits Massnahmen ergriffen wurden und keine weiteren Gründe für eine Differenzierung ersichtlich sind, scheint diese problematisch.

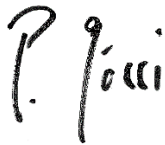
Unverhältnismässiger administrativer Aufwand

Für den Detailhandel und die Gastronomie würde die vorgeschlagene Deklarationspflicht einen erheblichen administrativen und operativen Zusatzaufwand mit sich bringen. Angesichts der fraglichen Notwendigkeit sowie der beschränkten Wirkung der Massnahme würde dies eine unverhältnismässige Belastung darstellen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Petra Gossi in black ink.

Petra Gossi
Nationalrätin

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz



Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates
3003 Bern

Per E-Mail an: schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

21. August 2019

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zu 15.499 Pa.Iv. Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zu 15.499 Pa.Iv. Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden.

Unsere Stellungnahme können Sie den ausgefüllten Fragebogen auf den folgenden Seiten entnehmen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Fraktionsmitglied, Nationalrätin Isabelle Chevalley, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Jürg Grossen
Parteipräsident

Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)

Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Grünliberale Partei Schweiz (glp)
Adresse / Indirizzo	Monbijoustrasse 30 3011 Bern
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	Bern, den 21. August 2019 Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion (ahmet.kut@parl.ch / M. 079 560 56 63)

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die Grünliberalen unterstützen die Vorlage, aus folgenden Gründen:

In der Schweiz dürfen Wirbeltiere nur unter Betäubung getötet werden, was dem Tierschutz dient und richtig ist. Aus Gründen der Glaubens- und Gewissensfreiheit darf jedoch Koscher- und Halalfleisch, d.h. Fleisch von rituell und ohne Betäubung geschlachteten Tieren, im Rahmen von Teilzollkontingenten in die Schweiz eingeführt werden, damit eine ausreichende Versorgung der jüdischen und islamischen Gemeinschaft sichergestellt ist. Gemäss geltendem Recht darf dieses Fleisch nur über die vom Bundesamt für Landwirtschaft anerkannten Verkaufsstellen vertrieben werden. In den Verkaufsstellen muss an gut sichtbarer Stelle der Hinweis „Koscher“ oder „Koscherfleisch“ bzw. „Halal“ oder „Halalfleisch“ angebracht sein.

Gegen diese Regelung wurde vorgebracht, dass Fleisch von anerkannten Verkaufsstellen in der Praxis auch ausserhalb der islamischen Gemeinschaft verkauft werde. Es ist dann nicht unbedingt als Halalfleisch erkennbar. Damit die Konsumentinnen und Konsumenten frei entscheiden können, welche Art von Fleisch sie kaufen und konsumieren möchten, soll die Deklarationspflicht gemäss Vorentwurf erweitert werden: Koscher- und Halalfleisch soll künftig an allen Verkaufspunkten und auch in der Gastronomie als solche ersichtlich sein.

Die Grünliberalen begrüssen die erweiterte Deklarationspflicht, da sie der Transparenz dient und die Entscheidungsfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten sicherstellt. Bei der späteren Konkretisierung der Deklarationspflicht in einer Verordnung des Bundesrates erwarten die Grünliberalen eine möglichst einfache und unbürokratische Regelung. Soweit möglich soll auf bestehende Deklarationen aufgebaut werden. Die jüdische und islamische Gemeinschaft sind bei der Erarbeitung der Verordnung frühzeitig einzubeziehen, damit eine praxistaugliche Lösung resultiert, die in den betroffenen Kreisen auf Akzeptanz stösst.

Im erläuternden Bericht (Ziff. 5.2) wird auf mögliche Konflikte der erweiterten Deklarationspflicht mit internationalen Verpflichtungen der Schweiz hingewiesen, namentlich gegenüber dem WTO-Recht sowie dem bilateralen Agrarabkommen mit der EU. Die Grünliberalen erwarten, dass der Bund frühzeitig das Gespräch mit der WTO bzw. der EU sucht, um einen allfälligen Konflikt abzuwenden.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)

Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Parti socialiste suisse
Adresse / Indirizzo	Jacques Tissot, Theaterplatz 4, 3011 Bern
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	23 août 2019

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

En Suisse, les animaux jouissent d'une meilleure protection par rapport à d'autres pays dotés d'une législation comparable. Les animaux sont des êtres sensibles à la douleur. Leur dignité et leur bien-être doivent être protégés. Pour le PS, l'élevage d'animaux destinés à la production de viande doit s'orienter sur le bien-être animal. C'est pourquoi l'obligation d'étourdir les animaux avant leur abattage est tout à fait pertinente. Par contre, la Suisse autorise l'importation de viande ayant fait l'objet d'un abattage rituel (viande kasher et halal). Le Conseil fédéral prévoit, en vertu de la liberté de conscience et de croyance, des contingents tarifaires partiels pour la viande kasher et la viande halal afin d'assurer un approvisionnement suffisant des communautés juive et musulmane. Seuls les points de vente autorisés par l'Office fédéral de l'agriculture (OFAG) peuvent commercialiser ces deux types de viande avec la condition qu'ils l'indiquent à un endroit bien visible.

Or l'initiative parlementaire de l'ancien conseiller national Yannick Buttet demande entre autres l'introduction d'une déclaration obligatoire de la viande halal provenant d'animaux ayant été abattus à l'étranger sans étourdissement préalable. Cette mesure fait l'objet de la présente modification et concerne également la viande kasher. L'obligation de déclarer s'appliquera désormais au-delà des points de vente reconnus, c'est-à-dire à tous les points de vente suivants ainsi qu'aux établissements de restauration. Grâce à la mention « kasher », « viande kasher », « halal » ou encore « viande halal », les consommateurs/trices devraient pouvoir choisir en toute connaissance de cause les produits qu'ils/elles souhaitent acheter et consommer. Le PS ne s'oppose pas à cette modification dans la perspective d'un renforcement de la transparence et de l'amélioration de l'information. En revanche il juge incompréhensible que cette obligation se limite à ces deux types de viande. De ce fait, l'avant-projet ne peut nous empêcher d'alimenter le soupçon qu'il résulte, à l'origine, d'une réaction antipathique à l'égard de la communauté religieuse concernée par l'initiative parlementaire. La Suisse importe de grandes quantités de produits (y. c. de la viande conventionnelle) issus d'une production dont les animaux ont subi de mauvais traitements. Le PS considère qu'il y aurait lieu d'introduire une déclaration obligatoire pour tous les produits importés provenant d'animaux, et non pas uniquement pour la viande halal et kasher.

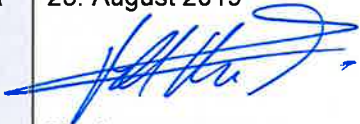
Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz FIDS
Adresse / Indirizzo	Bahnstrasse 80, 8105 Regensdorf
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	23. August 2019  Montassar BenMrad

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz FIDS ist der grösste islamische Dachverband in der Schweiz, der ungefähr 200 muslimische Organisationen in der Schweiz vertritt. Dies macht die FIDS zurzeit zu einem der wichtigsten Interessenvertreter der Muslime gegenüber den Behörden, sowie nichtstaatlichen und religiösen Institutionen. Als die geplante Änderung des Landwirtschaftsgesetzes Art. 48 Abs 2ter, «Deklaration von Koscher und Halal-fleisch», die Rechte von in der Schweiz lebenden Muslime direkt tangiert, halten wir es für wichtig, uns dazu zu äussern.

Das Bestreben des Bundes, die muslimische Gemeinschaft in die Diskussion über die Einfuhr von Halal-Fleisch bzw. über den Konsumentenschutz einzubeziehen, schätzen wir sehr. An der Anhörung der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates WBK-N vom 10. November 2017 konnte die FIDS mehrere Bemerkungen um das Thema Halalfleisch mitteilen. Dem erläuternden Bericht ist zu entnehmen, dass mehrere, wichtige Punkte noch nicht adressiert und mehrere Fragen offengeblieben sind. Der Kurs der Inklusivität der muslimischen Gemeinschaft in die Diskussion ist jedoch wichtig, weil er die Möglichkeit bietet, gewisse Punkte mitzuteilen und objektiv nach besseren Lösungen zu suchen.

Die FIDS unterstützt das Bestreben nach mehr Kontrolle und mehr Transparenz in gesamten Fleischmarkt, u. a. auch wenn es um den Verkauf von Halal-fleisch geht. Hier stellt sich jedoch die Frage, ob die parlamentarische Initiative 15.499 «Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden», welche zum Ziel hat, Probleme im Zusammenhang mit dem Verkauf von importiertem Halalfleisch zu beseitigen, die wirksamsten Massnahmen vorschlägt, oder ob sie die muslimische Gemeinschaft nicht pauschal unter eine Art Generalverdacht stellt.

Insgesamt steht der muslimischen Gemeinschaft in der Schweiz gemäss Anhang 3 der Agrareinfuhrverordnung AEV ein Importkontingent von total 525 Tonnen pro Jahr zur Verfügung (2.3 Prozent vom gesamten Zollkontingent für rotes Fleisch von 22 500 Tonnen). Das Importkontingent von Halalfleisch wurde zu 100% ausgeschöpft und dies deckt - mit nicht einmal 1.5 kg Halalfleisch pro Muslim im Jahr – nicht alle Bedürfnisse der muslimischen Minderheit. Für die FIDS ist deshalb von Bedeutung, dass die geplanten Massnahmen keine negativen Auswirkungen auf den Import von Halalfleisch haben.

Es gilt abzuklären, ob die geplante Massnahme die gewünschte Wirkung tatsächlich erreichen kann. Die FIDS bittet deshalb um Berücksichtigung der folgenden Anliegen:

- Der Artikel 18a Schlachtviehverordnung (SV) legt bereits fest, welche Voraussetzungen für die Zuteilung von Teilzollkontingenten für Halalfleisch erfüllt sein müssen. Demgemäss werden die Zollkontingentsanteile nur an diejenigen Personen und Personengemeinschaften vergeben, die sich verpflichten, das importierte Halalfleisch ausschliesslich an durch das Bundesamt für Landwirtschaft BLW anerkannte Verkaufsstellen zu liefern oder selber zu vermarkten. Ein Verkaufsladen von importiertem Halalfleisch muss heute schon, um vom BLW anerkannt zu werden, ausschliesslich Halalfleisch anbieten. Der Verkauf muss gewerbsmässig erfolgen und öffentlich zugänglich sein. Zusätzlich wird erforderlich, dass an gut sichtbarer Stelle der Hinweis «Halal» oder «Halalfleisch» in lesbarer Schrift angebracht wird. Obwohl diese klaren Kriterien bestehen, wurde im Parlament mehrmals (Motionen: 15.499, 13.4090 und 08.3154 sowie Interpellation 13.3502) auf Mängel bei der Einfuhr von Halalfleisch hingewiesen, wobei der Bundesrat in seinen Antworten bzw. Stellungnahmen keine Hinweise auf Verstösse hatte. Es stellt sich deshalb die Frage, **was könnte noch gemacht werden, um den Vollzug zu verbessern und die Missstände besser aufzuzeigen?**
- Da die Deklarationspflicht nur das importierte religiös geschlachtete Fleisch (Koscher und Halal) betrifft, stellt sich die Frage, **wie der**

Konsumentenschutz bei restlichem Fleisch gewährleistet wird? Muslimische Konsumenten haben das Recht sicher zu sein, dass das, was ihnen als Halal-fleisch angeboten wird, tatsächlich Halalfleisch ist.

- **Welche Standards und Kontrollmechanismen werden im Falle einer neuen Deklarationspflicht Anwendung finden?** In der Schweiz gibt es unseres Wissens keine staatliche Kontrolle über mutmasslich als halal angepriesene Lebensmittel.
- **Welche Massnahmen sollten getroffen werden**, um ein nachgelagertes Qualitätskontrollsystem und einen **akzeptablen Akkreditierungsmechanismus** für Muslime zu schaffen? Wie werden die muslimische Gemeinschaft bzw. muslimische Zertifizierungsstellen einbezogen, damit der Import von Halalfleisch in der Zukunft, die für muslimische Verbraucher **akzeptablen Kriterien** erfüllt? Wie werden die bereits bestehenden Halal-Zertifikate in diesem Fall berücksichtigt, da verschiedene islamische Gemeinschaften unterschiedliche Bedingungen für Halal-Zertifizierungen haben?
- Laut dem erläuterndem Bericht müssten sowohl die Importeure und Verkäufer als auch die Konsumenten die Mehrkosten für die Deklaration in Form von höheren Preisen tragen. Wie kann man aufgrund der Gesetzesänderung angesichts der erhöhten Kosten **einen vernünftigen Preis festlegen**, um auch die neuen Kontrollmechanismen abzudecken und eine Verminderung der zulässigen Einfuhrmengen von Halalfleisch zu verhindern?

Wir begrüssen alle Bestrebungen, welche dem Konsumentenschutz dienen und Missbräuchen vorbeugen. Eine Deklarationspflicht für nur importiertes religiös geschächtetes Fleisch, so wie es im Bericht argumentiert wird, sehen wir jedoch nicht als Massnahme, die dem Konsumentenschutz in den grossen Massen dienen würde. Wir können die geplante Änderung des Landwirtschaftsgesetzes nicht unterstützen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Adresse / Indirizzo	Freidenker-Vereinigung der Schweiz, 3000 Bern
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	23. August 2019, Andreas Kyriacou 

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Das Schlachten von Wirbeltieren (mit Ausnahme von Geflügel) ohne Betäubung ist in der Schweiz aus tierethischen Gründen verboten. Die Möglichkeit, solche Fleischprodukte einzuführen, unterläuft die Absichten des Tierschutzgesetzes und der Tierschutzverordnung, die die Betäubung vor dem Blutentzug vorschreiben (Art. 21 TSchG; Art. 178 TSchV). Ein Importverbot von Fleisch von vor ihrer Schlachtung nicht betäubten Tieren wäre deshalb kohärenter. Der Verweis auf religiöse Praxis darf nicht ausreichen, um ethisch gut begründete Vorschriften umgehen zu können. Ausserdem: Weder das Judentum noch der Islam schreiben Fleischkonsum vor.

Im Wissen, dass die parlamentarische Initiative jedoch lediglich eine Deklarationspflicht anstrebt, nehmen wir zum Entwurf wie folgt Stellung.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48 Abs. 2 ^{ter}	«das innerhalb der für die jüdische und die islamische Gemeinschaft bestimmten Zollkontingente eingeführt wird» ist zu ersetzen mit «das in die Schweiz eingeführt wird»	Fleisch, das über diese speziellen Zollkontingente eingeführt wird, darf zwar nur an dem Bundesamt für Landwirtschaft bekannte Abnehmer geliefert werden. Doch von dort aus kann das Fleisch durchaus an weitere, aussenstehende Abnehmer gelangen. Und weitaus relevanter: bereits heute gelangt Halalfleisch aus Schlachtung ohne Betäubung über die normalen Fleischimporte in den allgemeinen Handel, da grosse Fleischproduzenten, die den internationalen muslimischen Markt bedienen, aus ökonomischen Gründen nicht selten sämtliche Tiere nach Halalvorgaben schlachten. Die meisten Konsumenten rechnen aber nicht damit, in Läden oder Restaurants geschächtetes Fleisch zu erwerben bzw. zu konsumieren. Für die meisten Konsumenten dürfte zudem das Tierwohl relevanter sein als religiöse Bräuche. Wenn Fleisch nicht gemäss der Schweizerischen Tierschutzordnung produziert wurde, muss dies den Konsumenten transparent gemacht werden.
Art. 48 Abs. 2 ^{ter}	Es ist ein Satz einzufügen, der regelt, dass die Deklaration explizit über die Schlachtung ohne Betäubung aufklärt: «Bei Fleisch, das aus Schlachtung ohne Betäubung stammt, muss die Deklaration dies explizit erwähnen.»	„Koscher“ und „halal“ bedeuten, dass die Tiere rituell geschlachtet und ausgeblutet wurden. Aber die Begriffe beinhalten nicht zwingend, ob die Tiere vor der Schlachtung betäubt wurden oder nicht. Genau dies aber ist in ethischer wie rechtlicher Hinsicht der springende Punkt. Insbesondere Halalfleisch stammt oft aus der Schweiz und von Tieren, die beim Schlachten vorgängig betäubt und damit gemäss dem Schweizer Tierschutzgesetz getötet wurden. Die Deklaration von „halal“ oder „koscher“ kommt Muslimen und Juden entgegen, für alle nicht-religiösen KonsumentInnen hingegen ist die Frage der Betäubung vor der Schlachtung weit relevanter.

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte (GST)
Adresse / Indirizzo	Brückfeldstrasse 18 3012 Bern
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	12.08.2019 

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica

schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Zum Teilbereich «Differenz bei Zuschlagspreisen»

Auch wenn dieser Bereich gemäss erläuterndem Bericht der WBK-N nicht mehr Gegenstand der Revision bzw. Vernehmlassung ist, begrüsst die GST die von der WBK-N vorgeschlagene Lösung für die Bereinigung der Diskrepanz bei Zuschlagspreisen: Die Differenz bei den durchschnittlichen Zuschlagspreisen für Kontingentsanteile für Halal- und Koscherfleisch und für konventionelle Edelstücke sollte mittels einer Anpassung der in den Teilzollkontingenten Nr. 5.3 und 5.5 enthaltenen Fleischstücke bzw. durch eine entsprechende Anpassung der für diese Kontingente geltenden Spezifikationen gelöst werden können.

Zum Teilbereich «Deklaration»

Die GST begrüsst grundsätzlich eine Deklarationspflicht für sämtliche Fleischerzeugnisse, welche innerhalb der für die jüdische und die islamische Gemeinschaft bestimmten Zollkontingente in die Schweiz eingeführt werden. Besonders begrüssenswert ist der Umstand, dass eine solche Deklarationspflicht zukünftig durchgängig für alle Verkaufs- und Vertriebspunkte gelten soll. Trotz der grundsätzlichen Unterstützung für eine Deklarationspflicht würde die GST aus Aspekten des Tierschutzes und der Tierwürde sogar ein generelles Importverbot unterstützen. Der GST ist bewusst, dass bei der Zulassung von Halal- und Koscherfleisch eine Abwägung zwischen Aspekten des Tierschutzes und solchen der verfassungsmässig geschützten Religionsfreiheit vorgenommen werden muss. Als Dachverband und Interessenvertreterin der Schweizer Tierärzteschaft gewichtet die GST aber den Tierschutz, zu welchem sich auch ihre Mitglieder verpflichten, in Bezug auf den Import von Halal- und Koscherfleisch entschieden höher als die rituelle Ausübung auf der Basis der Religionsfreiheit. Daher ist die GST der Ansicht, dass in absehbarer Zukunft gar ein Importverbot vertretbar ist. In diesem Zusammenhang ist schliesslich anzumerken, dass unter bestimmten prozedural-rituellen Bedingungen (z.B. muslimischer Metzger, Vortragen des Gebets, Blick nach Mekka bei der Schlachtung etc.) eine Betäubung des Tieres vor dem Entbluten die Halal- bzw. Koscher-Bezeichnung nicht generell verunmöglicht. Rituelle Schlachtung und Tierschutz schliessen sich somit nicht grundsätzlich aus, sofern dem Kehlschnitt eine tierschutzkonforme und fachgerechte Betäubung des Schlachttiers vorangeht.

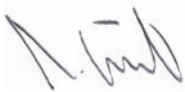
Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Micarna SA Daniel Läubli Leiter Wirtschaftspolitik / Projektleiter OPEX
Adresse / Indirizzo	Route de l'Industrie 25 1784 Courtepin
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	31.7.2019 

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

- Die Micarna SA erachtet die geltende Betäubungspflicht für Säugetiere nach TSchG Art. 21 als angemessen, da das betäubungslose Schlachten aus Gründen des **Tierwohls** nicht vertretbar ist.
- Die Begriffe halal oder kosher beziehen sich jedoch nur darauf, dass die Tötung des geschlachteten Tieres nach bestimmten religiös-rituellen Standards durchgeführt wurde. Den **Halal-Status** beispielsweise erreicht Fleisch u.a. dank der Präsenz eines Muslims oder Imams während der rituellen Schlachtung und nicht unbedingt durch die Unterlassung einer angemessenen **Betäubung**. Eine solche **kann durchaus stattfinden**. Die Micarna SA setzt sich deshalb - statt für eine Erweiterung der Deklarationspflicht für halal respektive koschere Produktionsbedingungen bis hin zum Endkäufer - für eine **Deklaration des betäubungslosen Schlachtens**, sprich Schächtens, ein.
- Dies auch darum, weil der Mehrheit der Kunden und Konsumenten die genaue Bedeutung der Begriffe halal respektive kosher nicht ausreichend bekannt ist. Die Deklaration hätte also nur bedingt eine gesteigerte Information des Konsumenten zur Folge.
- Aufgrund des Schächtverbots für Säugetiere darf der Schweizer Konsument auch ohne spezielle Deklaration davon ausgehen, dass in der Schweiz produziertes Rind-, Schweine- und Lammfleisch nach der Schweizer Tierschutzgesetzgebung produziert wurde. Anders ist dies bei Importfleisch, hier ist der Konsument auf eine genaue Deklaration bei Fleisch aus Ländern angewiesen, in denen das betäubungslose Schlachten erlaubt ist und praktiziert wird. Die Durchsetzung einer **Deklarationspflicht für geschächtetes Fleisch** ist deshalb dringend notwendig. Nur so kann gegenüber den Kunden/Konsumenten **Transparenz über die ausgeübte Tötungs- und Produktionsmethode** gewährleistet werden.
- Die Micarna SA möchte in diesem Zusammenhang sogar anregen, die generelle **Betäubungspflicht** auch auf das in der Schweiz geschlachtete **Geflügel auszudehnen**. Bis dahin müsste zumindest das betäubungslos geschlachtete Schweizer Geflügel für den Konsumenten obligatorisch deklariert werden.
- **Die Micarna** kann zwar die Forderung der parlamentarischen Initiative 15.499 bezüglich der Erweiterung der Deklarationspflicht nachvollziehen, sie sieht aber eine andere einfache Lösung, die Transparenz gegenüber dem Kunden und Endkonsumenten zu steigern: durch eine **verbesserte Nachverfolgbarkeit der gehandelten Waren über alle Verkaufsstufen inkl. Gastronomie**. Durch solche bessere Rückverfolgung könnte ausserdem der Verkauf dieser Teilzollkontingentsware einzig über die dafür vorgesehenen Verkaufskanäle sichergestellt werden und der zur Zeit theoretisch mögliche, **undeklarierte Weiterverkauf** derselben Ware als preisgünstige Konkurrenz zum 'übrigen' Importfleisch verhindert werden.
- Die Micarna stellt dem Bund zusätzlich die Frage, was er bezüglich der Deklarations- und Informationspflicht ausserhalb der hier diskutierten Teilzollkontingente 5.3 - 5.6 zu tun gedenkt. Im erläuternden Bericht zur Vorlage wird nämlich erwähnt, dass es aktuell möglich ist, dass Fleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtete wurden, **über die normalen Zollkontingente für Fleisch importiert und nicht entsprechend gekennzeichnet** in den Verkauf gelangt. Dies, sofern die Produkte bspw. nicht explizit für jüdische oder muslimische Käufer bestimmt sind oder der Importeur nicht zu den religiösen Kreisen gehört, die zur Teilzollversteigerung 5.3 - 5.6 zugelassen sind. Die Micarna würde hier wie erwähnt eine **Deklarationspflicht über die nicht erfolgte Betäubung** begrüssen, um so die Transparenz am Markt zu erhöhen.
- Die erwähnten zusätzlichen Kosten (z.B. wegen Umverpacken, Anpassungen in der Deklaration, zusätzliche Lebensmittelkontrollen) erachten wir als für die jeweiligen Akteure tragbar. Dies auch in Anbetracht des derzeit bestehenden Handelsvorteils dank tieferer Importaufschläge als auf die übrigen Fleischeinfuhrklassen.

Die Micarna SA unterstützt aus den genannten Gründen die Anpassung der Deklarationsregelung für Fleisch und Fleischerzeugnisse von geschächten

Tieren. Sofern keine nachvollziehbaren Argumente bestehen, gibt es keinen Grund diese Deklarationspflicht nicht bis zum Produkterwerb durch den Endkonsumenten beizubehalten. Denn es ist wohl nur wenigen Konsumenten bekannt, dass auch nicht explizit als solches gekennzeichnetes ausländisches Fleisch unter halal oder kosher Bedingungen hergestellt worden sein könnte. Eine klar ersichtliche und durchgehende Deklaration von halal oder kosher produzierten tierischen Produkten erachtet die Micarna SA deshalb als sinnvoll sowie auch den Hinweis auf eine nicht erfolgte Betäubung während des Schlachtprozesses.

So kann sich der Konsument jederzeit, basierend auf transparenter Information und Kommunikation, für die seinen Werten entsprechenden Produkte entscheiden und andere Ware bewusst meiden.

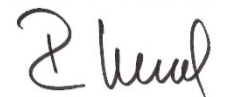
Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Proviande
Adresse / Indirizzo	Brunnhofweg 37, Postfach, 3001 Bern
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	Bern, 23. August 2019  Heinrich Bucher, Direktor  Regula Kennel, Unternehmensentwicklung

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Proviande begrüsst, dass die Deklarationspflicht für Koscher- und Halalfleisch, das innerhalb der für die jüdische und die islamische Gemeinschaft bestimmten Zollkontingente eingeführt wird, über die anerkannten Verkaufsstellen hinaus für sämtliche nachfolgenden Verkaufspunkte sowie die Gastronomie gelten soll. Die Deklaration muss für die Konsumentinnen und Konsumenten an allen Verkaufspunkten und in der Gastronomie ersichtlich sein. Proviande befürwortet die vorgeschlagene Revision, auch wenn es für Anbieter mit Kosten verbunden sein wird. Mit der Deklaration wird die Transparenz am Verkaufspunkt gefördert. Konsumenten können sich somit bewusst für oder gegen einen Kauf/ Konsum von Fleisch von Tieren entscheiden, die unter Umständen ohne Betäubung geschlachtet wurden.

Proviande regt an, zusätzlich in der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (SR 916.51 Verordnung über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion) die Deklaration von importiertem Fleisch aus Schlachtung ohne Betäubung vorzuschreiben («kann von Tieren aus Schlachtung ohne Betäubung stammen»). Damit ist die Deklaration unabhängig vom religiösen Hintergrund und basiert auf der in der Schweiz verbotenen Schlachttechnik.

Dafür müsste die in der Branche nicht genutzte Ausnahmeregelung für das rituelle Schlachten von Geflügel ohne Betäubung in Art.179 b Abs. 4 der Tierschutzverordnung aufgehoben werden (⁴ Geflügel muss vor dem Entbluten betäubt werden, ausgenommen beim rituellen Schlachten).

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Schweizer Bauernverband Schweizer Bauernverband Union Suisse des Paysans Unione Svizzera dei Contadini sbv usp usc 
Adresse / Indirizzo	Laurstrasse 10 5201 Brugg Telefon: 056 462 51 11 E-Mail: thomas.jaeggi@sbv-usp.ch
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	22. August 2019

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizer Bauernverband (SBV) begrüsst die vorgeschlagene Regelung der verbesserten Deklarationspflicht für importiertes Koscher- oder Hala-Ifleisch. Die verbesserte Deklaration ist aus Sicht des SBV die absolute Minimallösung in dieser Problematik. Daher bedauert der SBV, dass der Teilbereich Differenz bei den Zuschlagspreisen für Teilzollkontingente nicht Teil dieser Änderung des Gesetzes ist. Die Angleichung der Zuschlagspreise dieser Teilzollkontingente 5.3 bis 5.6 an die Zuschlagspreise der Hauptkontingente wäre das wirksamste Mittel um die in der Parlamentarischen Initiative Buttet 15.499 aufgezeigten Umgehungsgeschäfte zu verhindern.

Wir schlagen vor, LWG im Artikel 17 um einen Absatz 2 zu ergänzen. Es soll eine allgemeine Bestimmung eingefügt werden, dass gleichartige Produkte, die auf den Märkten austauschbar sind, und innerhalb der Zollkontingente importiert werden, zu den gleichen Bedingungen und finanziellen Konditionen wie die nicht reservierten Produkte einzuführen sind.

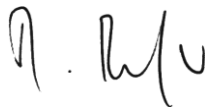
Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizer Bauernverband



Jacques Bourgeois
Direktor



Martin Rufer
Leiter DPMÖ

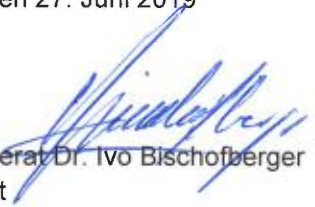
Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48, Abs. 2 ^{ter}		Bemerkung Grundsätzlich muss diese Deklarationspflicht für alles Koscher- oder Halalfleisch (innerhalb und ausserhalb der reservierten Teilkontingente) gelten, damit die Kunden ihre Verantwortung wahrnehmen und den Kaufentscheid in Kenntnis aller Tatsachen treffen können.
17, al. 2 (nouv.)	<i>Die Importrechte sind zu den gleichen finanziellen Konditionen zu vergeben, dass sie diese Importe wie die nicht reservierten vergleichbaren Importprodukte wirtschaftlich belasten.</i>	Die Einführung eines solchen Prinzips verpflichtet den Bundesrat die Kontingentszollansätze für Teilzollkontingente so anzusetzen, dass eine Umgehung gewisser Zolltarife durch ein Ausweichen auf eine vorteilhaftere Kategorie wie z.B. Koscher- oder Halalfleisch oder Würzfleisch nicht mehr gestattet ist.

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
keine Bemerkungen		

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF)
Adresse / Indirizzo	Sihlquai 255 Postfach 1977 8031 Zürich
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	Zürich, den 27. Juni 2019  alt Ständerat Dr. Ivo Bischofberger Präsident  Dr. Ruedi Hadorn Direktor

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Der Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF) bedankt sich in seiner Funktion als Branchenorganisation für die fleischverarbeitende Branche, die rund 24'000 Mitarbeitende umfasst, für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Auch bedankt er sich beim Parlament und insbesondere der Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N), dass sie dieses für die Fleischbranche wichtige Anliegen aufgenommen haben und so der bislang bestehenden Benachteiligung der grossen Mehrheit der ausserhalb der betreffenden Glaubensgemeinschaft importierenden Unternehmen endlich die schon seit langem dringend notwendige Abhilfe schafft.

Obwohl nicht direkter Gegenstand der vorliegenden Vernehmlassung begrüssen wir die per 1. April 2019 umgesetzten Spezifikation von Halal- und Koscherfleisch unter den Zeilzollkontingenten 5.3 bis 5.6 als direktbetroffener Zweig der Schweizer Volkswirtschaft ausdrücklich. Dies deshalb, weil damit die unsererseits wiederholt bemängelten Preisdifferenzen in der Praxis bei der Einfuhr von Rindsnierstücken unter dem glaubensspezifischen Teilzollkontingent 5.5 im Vergleich zu den glaubensunabhängigen Einfuhren unter dem Teilzollkontinent 5.7 nach langen und intensiven Bemühungen auch aus der Sicht des SFF nun wirkungsvoll unterbunden werden können.

Ebenso ausdrücklich begrüssen wir die vorgeschlagene Neuregelung der Deklaration durch das Einfügen des neuen Absatzes 2^{ter} in Art. 48 des Landwirtschaftsgesetzes, weil diese innerhalb der glaubensspezifischen Teilzollkontingente 5.3 bis 5.6 damit nicht mehr wie bisher nur auf den anerkannten Importeur bzw. die 1. anerkannte Verkaufsstelle begrenzt bleibt, sondern neu alle Verkaufsstufen umfasst.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
LwG, Art. 48, Abs. 2 ^{ter}	Einverstanden <u>Eventualantrag (allenfalls auch auf Verordnungsstufe denkbar):</u> Koscher- und Halalfleisch, das innerhalb der für die jüdische und die islamische Glaubensgemeinschaft bestimmten Zollkontingente eingeführt wird, ist mit «kann von Tieren aus	Da es in Bezug auf die Kennzeichnung dem auf der Basis der Tierschutzgesetzgebung beruhenden Schächtverbot der Schweiz folgend eigentlich nicht um die einzelnen Religionen, sondern um die eigentliche Schlachtart geht, wäre aus unserer Sicht eine Deklaration direkt bezogen auf mögliche ausländische Schlachtungen ohne vorgängige Betäubung noch zielführender. Dies deshalb, weil damit allfällige religiöse Diskussionen im Vor herein ausgeschlossen und stattdessen die Art der Schlachtung, um die es angesichts des vorerwähnten Schächtverbotes ja geht, in den Vordergrund gerückt würde.

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	Schlachtungen ohne vorgängige Betäubung stammen» zu deklarieren»	Mit einer solchen Regelung benachteiligt würden einzig diejenigen Kreise der muslimischen Glaubensgemeinschaft, für die eine Schlachtung mit vorgängiger Betäubung der Schweizer Tierschutzgesetzgebung folgend akzeptabel ist. Da das Schächten jedoch Teil der muslimischen Glaubenskultur gehört, erachten wir diese Benachteiligung der betreffenden Kreise als durchaus vertretbar. Für die eher konservativeren Kreise der muslimischen sowie die gesamte jüdische Gemeinschaft, für die ihrer religiösen Überzeugung folgend nur Fleisch von geschächteten Tieren, d.h. von Tieren, die vor der Schlachtung nicht betäubt wurden, akzeptabel ist, würde eine Deklaration gemäss Eventualantrag hingegen keinen Unterschied machen.

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Kapitel 4.2, Seite 7	Überprüfen gemäss Begründung	Aufgrund der Tatsache, dass es für Fleisch keine Analysemethoden zur Bestimmung der Schlachtmethode gibt und demzufolge die Kontrolle des Warenflusses für die betreffende Behörde jeweils ein herausforderndes Unterfangen darstellen dürfte, wäre allenfalls auf Verordnungsstufe zu überlegen, die Anerkennung als Importeur bzw. Verkaufsstelle für Halal- bzw. Koscherfleisch an die ausschliessliche Einfuhr von Fleisch, das von nach den jeweiligen Glaubensvorgaben geschlachteten Tieren stammt, zu binden. Damit könnte in den jeweiligen Betrieben eine allfällige Vermischung von Fleisch, das über die betreffenden glaubensabhängigen Teilzollkontingente 5.3 bis 5.6 eingeführt wurde, mit glaubensunabhängigem Fleisch, dessen Import über das Teilzollkontingent 5.7 erfolgt, im Vornherein vermieden und gleichzeitig die behördlichen Kontrollen im Sinne der administrativen Entlastung vereinfacht werden.

Commission de la science,
de l'éducation et de la culture
CH-3003 Berne

Par e-mail à : schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

Berne, le 19 août 2019 usam-No/nf

Réponse à la consultation

15.499 n lv. pa. Buttet. Importation de viande halal provenant d'abattages sans étourdissement

Mesdames, Messieurs,

Plus grande organisation faîtière de l'économie suisse, l'Union suisse des arts et métiers usam représente plus de 230 associations et quelque 500 000 PME, soit 99,8% des entreprises de notre pays. La plus grande organisation faîtière de l'économie suisse s'engage sans répit pour l'aménagement d'un environnement économique et politique favorable au développement des petites et moyennes entreprises.

L'Union suisse des arts et métiers usam a étudié avec attention l'avant-projet visant à la mise en œuvre de l'initiative parlementaire 15.499 Importation de viande halal provenant d'abattages sans étourdissement et vous soumet son appréciation.

Cet avant-projet relatif à la modification de la loi sur l'agriculture (LAgr) vise à éliminer les problèmes en rapport avec la vente de viande importée d'animaux ayant fait l'objet d'un abattage rituel.

L'initiative parlementaire dont il est question exige que la viande halal provenant d'animaux qui, à l'étranger, ont été abattus sans étourdissement soit déclarée afin que celle-ci ne se retrouve pas dans les canaux de vente conventionnels sans que les consommateurs ne soient informés sur le mode d'abattage. Il est ici question de neutralité de concurrence sur un marché concurrentiel. En effet, il est important que les prix moyens d'attribution lors de la mise aux enchères des contingents tarifaires partiels pour la viande halal soient ajustés avec ceux de la viande conventionnelle comparable. Ceci permet d'offrir une transparence au consommateur suisse et de rétablir une égalité de traitement, en permettant à la viande conventionnelle comparable, de se battre à armes égales sur le marché.

L'usam se positionne contre cet avant-projet de modification de la loi de la CSEC-N, qui lui concerne non seulement la déclaration de la viande halal mais aussi casher. La principale revendication de l'initiative parlementaire a déjà été remplie. Il s'agissait de rétablir une égalité de traitement avec la grande majorité des entreprises autorisées à importer de la viande. En effet, les importateurs autorisés à importer de la viande halal dans le cadre des contingents partiels 5.5 et 5.6 peuvent importer jusqu'à 10 francs moins cher le kilo. L'initiative demandait donc une harmonisation des coûts moyens de la mise en adjudication des contingents tarifaires partiels 5.5 et 5.6 avec les mêmes catégories de viande et produits carnés du contingent 5.7 afin de créer une situation comparable pour les importateurs dans et hors de la communauté musulmane. La commission est parvenue à la conclusion que la problématique des prix d'adjudication plus bas pour la viande de bœuf pourrait être résolue au moyen d'une adaptation des morceaux de viande compris dans les contingents tarifaires partiels 5.3 et 5.5.

Il a donc été décidé d'adapter les spécifications pour ces contingents tarifaires partiels. En vertu de l'art. 16 OBB, les spécifications pour l'importation de viande casher et halal dans les contingents tarifaires partiels 5.3 et 5.5 dans le cadre des adjudications de contingents ont donc été adaptées, avec effet au 1er avril 2019, ce que l'usam salue.

La première question étant réglée, cet avant-projet ne devrait donc se pencher que sur la seconde revendication de l'initiative parlementaire Buttet, celle de la protection des consommateurs. Compte tenu de la réglementation antérieure, il était facile de vendre la viande halal aussi hors de la communauté musulmane par les niveaux suivants sans que le consommateur ne soit informé. Or ceci ne devrait plus être le cas car maintenant que l'égalité de traitement est rétablie. Le fait que de la viande halal et casher importée a été proposée à la vente aux consommateurs sur le marché conventionnel de manière non déclarée était une conséquence de l'incitation à l'abus créée par les prix plus bas. Étant donné que cela n'existe plus, le danger pour les consommateurs d'acheter et de consommer involontairement de la viande halal ou casher importée dans le cadre des contingents tarifaires partiels est donc très faible.

De plus, la nouvelle obligation de déclarer proposée dans l'avant-projet ne s'appliquerait qu'à la viande importée dans le cadre des contingents tarifaires partiels pour la viande casher et halal. Or l'importation est également possible en dehors de ces contingents tarifaires partiels. Ainsi, outre le fait que la réglementation différenciée serait irréaliste et coûteuse à mettre en œuvre, celle-ci ne garantirait pas une protection efficace et une information fiable au consommateur, ce qui rend cette proposition inutile.

Cette nouvelle obligation de déclarer applicable à la viande importée dans le cadre des contingents tarifaires partiels est donc aussi bien inutile, problématique qu'inefficace. La charge administrative qui se répercuterait sur les PME concernées serait considérable et disproportionnée, raison pour laquelle l'usam rejette cet avant-projet. La suppression des réglementations inutiles qui chargent les PME de manière excessive doit constituer, de manière générale, un objectif central.

L'usam vous remercie par avance pour la prise en considération de notre prise de position dans votre processus décisionnel. Nous restons à votre disposition pour tout complément d'information ou pour un entretien.

Meilleures salutations,

Union suisse des arts et métiers usam



Hans-Ulrich Bigler
Directeur, conseiller national



Hélène Noirjean
Responsable du dossier

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund SIG
Adresse / Indirizzo	Gotthardstrasse 65, Postfach 2105, 8027 Zürich
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund SIG wurde 1904 unter anderem deswegen gegründet, um die Versorgung der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz mit Koscherfleisch sicherzustellen. Dies ist, neben der allgemeinen Vertretung seiner 16 Mitgliedsgemeinden gegenüber Politik, Behörden, Medien und der Gesellschaft, immer noch ein wichtiger Punkt im Aufgabenbereich des SIG.

Der SIG hat sich bereits an der Anhörung der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates vom 10. November 2017 beteiligt. Wir erläuterten damals, dass wir bereit sind, uns an der Umsetzung der parlamentarische Initiative "Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden" und welche am 15. Juni 2017 angenommen wurde, konstruktiv zu beteiligen. Wir stellen nun fest, dass dieser Vorschlag leider nicht vollständig berücksichtigt wurde. An dieser Anhörung im November 2017 wurde von den Vertretern des SIG ebenfalls ausführlich dargelegt, dass Koscherfleisch bereits heute von der Metzgerei bis hin zum Endverbraucher komplett als solches deklariert ist, da es sonst gar nicht mehr als kosher gilt. Somit ist Zollbetrug bei Koscherfleisch praktisch ausgeschlossen. Daraus abgeleitet ist zusätzliches staatliches Handeln aus unserer Sicht weder im öffentlichen Interesse noch verhältnismässig.

Der SIG findet es richtig, dass der Bund gegen Zollbetrug vorgehen will. Problematisch erscheint uns aber eine Regelung, die den Eindruck erweckt, die jüdische Gemeinschaft werde pauschal unter den Verdacht des Zollbetruges gestellt, obwohl dieser bei Koscherfleisch - wie erwähnt - praktisch ausgeschlossen ist, womit dem Grundsatz von Treu und Glauben aus unserer Sicht nicht nachgekommen wird.

Wenn nun eine Änderung des LwG Art. 48 Abs. 2ter aufgrund der Annahme der parlamentarische Initiative "Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden" vorgenommen werden muss, ist es für den SIG wichtig zu wissen, ob die ob die Deklaration "Koscherfleisch" durch den Bund genau festgelegt wird und wenn ja, wie dies festgelegt wird? Muss das Wort "Koscher" auf der Deklaration vorhanden sein?

Laut Bericht zur Vernehmlassung muss die Deklaration "Koscher" oder "Koscherfleisch" an allen Verkaufspunkten und in der Gastronomie ersichtlich sein. Dies ist bereits jetzt bei allen Metzgereien und Restaurants die Koscherfleisch anbieten der Fall. Ebenfalls laut Bericht muss Koscherfleisch speziell deklariert sein. Auch dies ist im Grunde bereits jetzt der Fall. Koschere Produkte werden durch sogenannte "Koscher-Stempel" gekennzeichnet, welche jüdischen Personen anzeigen, dass sie dieses Produkt verzehren dürfen. Diese "Koscher-Stempel" werden durch die Rabbinat der jeweiligen Gemeinden ausgestellt und sind deshalb nicht einheitlich. Das Wort "Koscher" wird dabei oftmals auch nicht verwendet. Als Beispiel Koscher-Stempel der Zürcher Gemeinden Agudas Achim und IRG:



Bei einer Festlegung des Bundes, dass die Koscher-Deklaration explizit das Wort "Koscher" enthalten muss, müssten also die Rabbinatse entweder ihre "Koscher-Stempel" abändern oder einen zusätzlichen "Koscher"-Aufdruck anbringen. Bei einer Festlegung des Bundes, dass die Koscher-Deklaration einheitlich durch den Bund zu erfolgen hat, müssten die Rabbinatse eine zusätzliche Koscher-Deklaration anbringen.

Da das zu deklarierende Koscherfleisch ja laut Gesetz für die jüdische Gemeinschaft bestimmt ist, und diese mit den bestehenden "Koscher-Stempeln" vertraut sind, spricht sich der SIG dafür aus, dass die bestehenden Deklarationen auch nach der Gesetzesänderungen ausreichend sind und keine zusätzlichen, vom Bund geschaffene "Koscher-Deklaration" notwendig ist.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur
Parlamentsdienste
3003 Bern

Per Mail: schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

Bern, 16. Mai 2019

Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Teilnahme verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

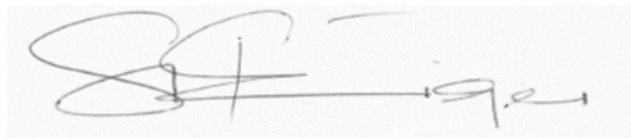
Schweizerischer Städteverband
Direktorin

Renate Amstutz

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)

Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Schweizer Tierschutz STS, Dr. Stefan Flückiger, Geschäftsführer
Adresse / Indirizzo	Dornacherstrasse 101 Postfach CH 4018 Basel Tel 061 365 99 99 Mail: sts@tierschutz.com
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	Basel, 03.06.2019 

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Der Schweizer Tierschutz STS bedankt sich, im Rahmen der Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch seine Position darlegen zu können. Er begrüsst das Vorgehen, dass die vorliegende Problematik in zwei Teilbereiche angegangen worden ist:

- **Differenz bei Zuschlagspreisen:** Der STS unterstützt griffige Massnahmen in der Schlachtviehverordnung, um damit eine Gleichstellung bei den verschiedenen Importsegmenten zu erzielen (ist nicht Teil der vorliegenden Revision).
- **Deklaration:** Aus Sicht des Tierschutzes (Betäubung bei der Schlachtung) heisst der STS die vorgenommene Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (*Art. 48 Abs. 2^{ter}*) gut. Damit soll das Probleme im Zusammenhang mit dem Verkauf von importiertem Fleisch von rituell geschlachteten Tieren behoben werden.

Der STS hat schon in seit Längerem gefordert, eine obligatorische Deklaration von Tieren einzuführen, die im Ausland ohne Betäubung geschlachtet wurden. Er begrüsst insbesondere, dass die Deklaration «Koscher» bzw. «Halal» für die Konsumentinnen und Konsumenten nun an allen Verkaufspunkten und in der Gastronomie ersichtlich und damit auch die lückenlose Rückverfolgbarkeit des Fleisches gewährleistet sein wird. In der Stossrichtung wird der STS mittelfristig sogar noch einen Schritt weitergehen und verlangt für das gesamte Importfleisch eine Deklaration, das nicht nach dem inländischen Tierschutzgesetz bzw. vergleichbaren Minimalstandards erzeugt worden ist (Forderung STS nach Gleichwertigkeit mit «Qualitativem Aussenschutz»).

Im Hinblick auf die Umsetzung der Deklarationspflicht fordert der STS den Bundesrat auf, die vorgeschlagene Gesetzesänderung in der Schlachtviervverordnung detailliert umzusetzen, damit die kantonalen Lebensmittelkontrollbehörden den Vollzug der Bestimmungen konsequent umsetzen werden.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
LwG Art. 48 Abs. 2 ^{ter}	Siehe oben	Siehe oben



**Laurstrasse 10
5201 Brugg
Tel. 056 462 51 11
Fax 056 441 53 48
info@swissbeef.ch**

Brugg, 22.08.2019

Per E-Mail an
schriftgutverwaltung@blw.admin.ch
BLW
3003 Bern

Verantwortlich: Thomas Jäggi
Sekretariat:
Dokument: Swiss Beef 190822 Kosche run Halalflesich

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Sehr geehrte Damen und Herren

Swiss Beef CH die Vereinigung der Schweizer Qualitätsrindfleischproduzenten dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes).

Swiss Beef CH schliesst sich den Stellungnahmen des Schweizer Bauernverbandes an und unterstützt diese vollumfänglich, ohne den ganzen Text hier zu wiederholen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

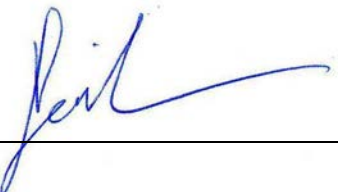
Freundliche Grüsse

Swiss Beef CH

Franz Hagenbuch
Präsident

Thomas Jäggi
Sekretär

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Stiftung für das Tier im Recht (TIR)
Adresse / Indirizzo	Rigistrasse 9, 8006 Zürich
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	21. August 2019 

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

TIR begrüsst die Ausdehnung der Deklarationspflicht für in die Schweiz importiertes Koscher- und Halalfleisch über die anerkannten Verkaufsstellen hinaus für sämtliche nachfolgenden Verkaufspunkte sowie die Gastronomie. Sie ist notwendig, um Konsumentinnen und Konsumenten, die Produkte aus in der Schweiz aus Tierschutzgründen verbotener betäubungsloser Schlachtung nicht unterstützen wollen, überhaupt eine entsprechende Entscheidung zu ermöglichen.

Nicht einverstanden ist TIR daher mit der Eingrenzung auf Produkte, die innerhalb der für die jüdische und islamische Gemeinschaft bestimmten Zollkontingente eingeführt werden. Entsprechende Erzeugnisse können auch über Zollkontingente für konventionelles Fleisch eingeführt werden, wenn auch zu höheren Preisen. Ein erhöhter administrativer und ggf. finanzieller Aufwand für die beteiligten Akteure ist aus TIR-Sicht hierfür in Kauf zu nehmen.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48 Abs. 2 ^{ter} LwG	Die geplante Ausweitung der Deklarationspflicht für Koscher- und Halalfleisch, gestützt auf Art. 18 LwG, ist nicht auf die für die jüdische und die islamische Gemeinschaft bestimmten Zollkontingente einzugrenzen. Entsprechende Produkte sollen in jedem Fall deklariert werden, wenn sie zum Verkauf bzw. Verzehr angeboten werden. Antrag TIR zur Anpassung des anvisierten Art. 48 Abs. 2^{ter} LwG: Koscher- und Halalfleisch, das innerhalb der für die jüdische und die islamische Gemeinschaft bestimmten Zollkontingente eingeführt wird, ist als solches zu deklarieren. Der Bundesrat erlässt die Vorschriften zur Deklaration.	Koscher- und Halalfleisch wird vorwiegend über die für die jüdische und islamische Gemeinschaft bestimmten vergünstigten Zollkontingente eingeführt. In diesem Rahmen soll die bisherige Deklaration ausgeweitet werden: alle Verkaufsstellen inklusive Gastronomie sollen entsprechende Erzeugnisse künftig deklarieren. Die Einfuhr von Koscher- und Halalfleisch ist jedoch auch für den Privatkonsum sowie über die Zollkontingente für konventionell bzw. entsprechend den Schweizer Vorschriften geschlachtetes Fleisch möglich. Auf eine Deklaration in diesem Bereich soll gemäss dem erläuternden Bericht der WBK-NR verzichtet werden, weil der Aufwand für die Umsetzung einer generellen Deklarationspflicht für importiertes Koscher- und Halalfleisch im Sinne von Art. 18 LwG für die beteiligten Akteure (Importeure, Fleischhandel, Detailhandel, Gastronomie usw.) zu gross wäre. Die Ausweitung innerhalb der in Art. 14 SV aufgeführten Teilzollkontingente 5.3, 5.4, 5.5, 5.6 als praktikabel und zumutbar zu erachten, darüber hinaus aber als unzumutbar und nicht umsetzbar, ist nicht nachzuvollziehen. Die Rückverfolgbarkeit von tierischen Produkten, insbesondere von Fleisch, ist aus verschiedenen Gründen zu gewährleisten. Für die Deklaration wird kein aufwändiges Zertifizierungsverfahren verlangt, das die Herstellung nach jüdischer oder islamischer Tradition garantiert. Konsumentinnen und Konsumenten sollen lediglich zu einer aufgeklärten Entscheidung über den Kauf entsprechender Produkte befähigt werden, weil diese mit den Schweizer Tierschutzvorschriften in Konflikt stehen, soweit die Tiere ohne vorhergehende Betäubung geschlachtet werden. Aus diesem Grund ist die Deklaration überall umzusetzen, wo entsprechende Produkte zum Verkauf in der Schweiz angeboten werden – ungeachtet der Frage, über welches Kontingent sie eingeführt worden sind.

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni



Verband der Kantonschemiker der Schweiz
Association des chimistes cantonaux de Suisse
Associazione dei chimici cantonali svizzeri

Dr. Alda Breitenmoser
Kantonschemikerin
Amt für Verbraucherschutz
Obere Vorstadt 14
5000 Aarau

per E-Mail:
schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

Bundesamt für Landwirtschaft BLW
Schwarzenburgstrasse 165
3003 Bern

Aarau, 24. Juli 2019

Parlamentarische Initiative Buttet: Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden; Stellungnahme des Verbandes der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) wurde zum Vorentwurf zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes in oben genannter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Der VKCS bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussert sich, aufgrund der direkten Betroffenheit, zur Vorlage mit der beiliegenden Stellungnahme samt Anträgen in der von Ihnen gewünschten tabellarischen Form.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Dr. med. vet. Alda Breitenmoser
Kantonschemikerin
Vorsitz Kommission Recht VKCS

Beilage: Rückmeldung in vorgegebener tabellarischer Form

Kopie per E-Mail an: Mitglieder des VKCS

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS)
Adresse / Indirizzo	Dr. Alda Breitenmoser Vorsitz Kommission Recht VKCS Amt für Verbraucherschutz, Obere Vorstadt 14, 5000 Aarau
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	24. Juli 2019 / Alda Breitenmoser

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz lehnt diese Vorlage ab, weil sie den Grundzügen des Lebensmittelrechts widerspricht, und schlägt eine zielorientierte, umsetzbare Lösung vor.

In der Schweiz dürfen nach Artikel 21 des Tierschutzgesetzes vom 16. Dezember 2005 (TSchG) in Verbindung mit Artikel 178 der Tierschutzverordnung vom 23. April 2008 (TschV) Wirbeltiere und Panzerkrebse nur unter Betäubung getötet werden (Schächterverbot). Die Einfuhr von Fleisch von rituell geschlachteten Tieren (Koscher- und Halalfleisch) ist zulässig. Durch spezifische Zollkontingente für Halal- und Kosher-Fleisch wird der Import durch die Glaubensgemeinschaften begünstigt.

Die vom Initianten identifizierten Hauptprobleme des Imports von Halalfleisch betreffen wirtschaftliche Aspekte aus der Versteigerung der spezifischen Teilzollkontingente und die Forderung, dass die Deklaration von Halalfleisch von Tieren die im Ausland ohne Betäubung geschlachtet wurden obligatorisch wird.

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung werden beide Probleme nicht grundsätzlich gelöst. Erstens hat die Deklarationspflicht keinen Einfluss auf die bei der Versteigerung von Teilzollkontingenten erzielten Preise. Zweitens führt die geforderte Deklaration 'Halal' nicht zur gewünschten Information der Konsumentinnen und Konsumenten, da ausschliesslich entsprechend den begünstigten Zollkontingenten importiertes Fleisch gekennzeichnet werden muss. Geflügel darf auch in der Schweiz z.B. unbetäubt, also auch rituell "Halal" geschlachtet werden – und müsste nicht gekennzeichnet werden. Im Gegenzug wird bei Konsumentinnen und Konsumenten die Erwartung geweckt, dass bei fehlender Angabe 'Halal' das Produkt tatsächlich kein Halal Produkt ist, was jedoch nicht in jedem Fall den Tatsachen entsprechen muss. Dadurch würden Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht. Ausserdem ist das Wort Halal nicht gleichzusetzen mit einer definierten Schlachtmethode und darum für das Anliegen des Initianten nicht zielführend.

Um dem Anliegen des Initianten gerecht zu werden, soll bei Fleisch generell die Angabe der Schlachtmethode lebensmittelrechtlich verpflichtend werden. Damit wird das Informationsbedürfnis der Konsumentinnen und Konsumenten gestillt und ein direkter Mehrwert geschaffen. Die Konsumentinnen und Konsumenten können direkt entscheiden, ob sie ein Produkt von einem unbetäubt geschlachteten Tier kaufen wollen oder nicht, unabhängig vom Zollkontingent, unter dem das Fleisch importiert wurde.

Das geltende Recht kennt bereits heute derartige zusätzliche Angaben zum Produkt: Gemäss Art. 19 der Verordnung des EDI über Lebensmittel tierischer Herkunft (VLtH) vom 16. Dezember 2016 muss z.B. auf der Etikettierung von Fischereierzeugnissen zusätzlich die Produktionsmethode und die Kategorie des für den Fang eingesetzten Geräts gemacht werden. Dies ist in der Praxis bereits umgesetzt. Ein Obligatorium zur Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch soll entsprechend im Lebensmittelgesetz umgesetzt werden. Damit sind auch die zuständigen Vollzugsbehörden geregelt.

Mit einem Obligatorium zur Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch werden nicht nur für den Kaufentscheid der Konsumentinnen und Konsumenten wichtige Informationen verfügbar gemacht, sondern im gleichen Zug auch die Deklarationspflicht mittels einer von der Religionsfrage unabhängigen Angabe gelöst.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 48 Abs. 2 ^{ter}	Ganzen Absatz streichen, Neu- regelung im Lebensmittelgesetz: Angabe der Schlachtmethode auf Fleisch	Siehe allgemeine Bemerkungen

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni

Bundesamt für Landwirtschaft BLW
schriftgutverwaltung@blw.admin.ch

CH-3003 Bern, VSKT, jro
Geschäftsführung: Judith Röthlisberger / Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte
Bern-Liebelfeld, 17. Juni 2019

Vernehmlassung: Vorentwurf zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) bez. der parlamentarischen Initiative «Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden».

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Vorentwurf zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) bez. der parlamentarischen Initiative «Einfuhr von Halalfleisch von Tieren, die ohne Betäubung geschlachtet wurden».

Zu der erwähnten Vorlage haben wir keine Bemerkungen.

Mit freundlichen Grüssen

Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte

Dr. Reto Wyss
Präsident

Dr. Judith Röthlisberger
Geschäftsführerin

Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und
Kantonstierärzte
c/o Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern
Tel. +41 (0)58 464 92 25
vskt.sekretariat@blv.admin.ch

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)

Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Association des groupements et organisations romands de l'agriculture (AGORA)
Adresse / Indirizzo	Avenue des Jordils 5 Case postale 1080 1001 Lausanne
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	Lausanne, le 26 août 2019   Laurent Tornay, présidentLoïc Bardet, directeur

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

AGORA soutient la modification législative proposée qui devrait permettre de lutter contre le détournement abusif de la protection douanière. Ceci n'est toutefois pas suffisant et devra être couplé à une augmentation des droits de douane appliqués au contingent partiel d'importation de la viande halal et casher. Une uniformisation des taux entre les différents contingents est en outre nécessaire pour éviter certains détournements des taux comme cela s'était également produit avec la viande assaisonnée.

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 17, al. 2 (nouveau)	Les droits de douane des contingents tarifaires sont fixés de telle manière que les taux soient de même valeur économique pour l'ensemble des produits importés équivalents.	L'introduction d'un tel principe doit permettre d'éviter l'utilisation abusive de certains taux particuliers comme cela s'est produit avec la viande halal et casher ou la viande assaisonnée.

Direction

Prométerre

Avenue des Jordils 1
Case postale 1080
1001 Lausanne
www.prometerre.ch

Prométerre Direction - Jordils 1 - CP 1080 - CH 1001 Lausanne

Office fédéral de l'agriculture
Att. de la présidente de la CSEC_N
Madame la Conseillère nationale
Christine Bulliard-Marbach

3003 BERNE

ChA

Lausanne, le 20 août 2019

Consultation – 15.499 n lv. Pa Buttet Importation de viande halal et casher

Madame la Présidente,

En réponse à la consultation publique au sujet de l'initiative parlementaire Buttet et de l'avant-projet de modification de la loi sur l'agriculture (art. 48) proposé par la CSEC_N que vous présidez, l'association vaudoise de promotion des métiers de la terre, Prométerre, a l'avantage de soutenir cette proposition législative qui va dans le sens de contribuer à éviter le détournement abusif des mesures de protection douanière mises en place pour préserver la compétitivité de la viande suisse.

Pour être opérante, cette proposition législative devra cependant être accompagnée d'une modification à la hausse, par le Conseil fédéral, des taux applicables au contingent partiel d'importation de la viande halal et casher. L'uniformisation des taxes d'importation entre les divers contingents tarifaires constitue en effet le seul moyen efficace d'éviter le détournement des taxes les plus élevées par le recours à des contingents partiels plus avantageux, comme cela a déjà dû être corrigé pour la viande assaisonnée. On ne peut que regretter que l'ensemble des mesures nécessaires soit éparpillé entre les compétences législatives et exécutives, singulièrement que la mesure la plus efficace relève des seules compétences du Conseil fédéral. Nous proposons dans ce contexte d'adopter dans la LAgr un principe légal l'obligeant à fixer de manière uniforme les taux des taxes des contingents partiels qui concernent des produits de qualité équivalente, substituables entre eux sur le marché.

Veuillez agréer, Madame la Présidente, l'expression de notre haute considération.

Luc Thomas
Directeur

Claude Baehler
Président

Annexe : formulaire de réponse

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)
Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)
Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Prométerre, Association vaudoise de promotion des métiers de la terre
Adresse / Indirizzo	Jordils 1, cp 1080, 1001 LAUSANNE
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	Lausanne, le 20 août 2019

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Prométerre est favorable à la proposition d'introduire un alinéa 2ter à l'article 48 LAgr.

Pour être opérante, cette proposition législative devra cependant être accompagnée d'une modification à la hausse, par le Conseil fédéral, des taux applicables au contingent partiel d'importation de la viande halal et casher. L'uniformisation des taxes d'importation entre les divers contingents tarifaires constitue en effet le seul moyen efficace d'éviter le détournement des taxes les plus élevées par le recours à des contingents partiels plus avantageux, comme cela a déjà dû être corrigé pour la viande assaisonnée. On ne peut que regretter que l'ensemble des mesures nécessaires soit éparpillé entre les compétences législatives et exécutives, singulièrement que la mesure la plus efficace relève des seules compétences du Conseil fédéral.

Idéalement, la LAgr devrait être complétée d'une disposition générale fixant de manière uniforme les taxes des contingents partiels d'importation qui concernent des types ou des catégories de produits de qualité équivalente, substituables entre elles sur le marché. Nous proposons pour ce faire d'ajouter un second alinéa à l'article 17 LAgr (voir ci-dessous).

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
48, al. 2ter	Favorable à la proposition	Transparence accrue sur le marché.
17, al. 2 (nouv.)	Ajouter un nouvel alinéa : <i>« Les droits de douane des contingents tarifaires sont fixés de telle manière que les taux soient de même valeur économique pour l'ensemble des produits importés équivalents. »</i>	L'introduction d'un tel principe obligera le Conseil fédéral à fixer des taux pour les droits de douane applicables aux contingents partiels qui ne permettraient plus de contourner certains tarifs douaniers par des astuces d'apparement à une catégorie plus favorisée de produits, telle que la viande halal ou casher ou la viande assaisonnée.

Vernehmlassung zur Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)

Consultation relative à la déclaration de la viande kasher et halal (modification de la loi sur l'agriculture)

Consultazione sulla dichiarazione di carni kosher e halal (modifica della legge sull'agricoltura)

Organisation / Organisation / Organizzazione	Dachverband Berner Tierschutzorganisationen DBT
Adresse / Indirizzo	Sekretariat DBT, 3000 Bern
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	23.08.2019, Rolf Frischknecht, Präsident

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf / Remarques sur le projet mis en consultation / Osservazioni sul progetto in consultazione

Artikel Article Articolo	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
48 2^{ter} LwG	Sämtliche importierte Fleischstücke und Fleischerzeugnisse, die von Tieren stammen, welche entgegen den Bestimmungen der schweizerischen Tierschutzgesetzgebung ohne vorherige Betäubung geschlachtet wurden, namentlich Halal- und Koscherfleisch, sind als solche zu deklarieren: «Dieses Fleisch/Produkt stammt von einem Tier, das ohne vorherige Betäubung geschlachtet wurde.»	Der DBT erachtet die Deklarationspflicht für sämtliche importierten Fleischstücke und Fleischerzeugnisse als unverzichtbar. Die klare Deklaration von Koscher- und Halal-fleisch ist unerlässlich und nicht nur für die KonsumentInnen, sondern auch für sämtliche Verkaufsstellen von grosser Bedeutung. Es ist wichtig, dass mit einer klaren Deklaration Koscher- oder Halalfleischprodukte nicht unerkannt als „normales“ Fleisch vermarktet werden kann und dadurch möglicherweise von Menschen konsumiert wird, die niemals Fleisch von Tieren essen würden, die entgegen den Bestimmungen der schweizerischen Tierschutzgesetzgebung ohne vorherige Betäubung geschlachtet wurden. Aus Sicht des praxisorientierten Tierschutzes wäre es natürlich weitaus begrüssenswerter, den Import von nicht nach dem Schweizer Tierschutzgesetz erzeugten Fleisch resp. Fleischprodukten generell zu verbieten. Damit würde dem hiesigen Tierschutzgesetz Rechnung getragen werden, denn eine Abschwächung oder bewusste Umgehung der Schweizer Tierschutzvorschriften soll durch die «Glaubensfreiheit» nicht begründet werden. Dies gilt umso mehr, als innerhalb aller Glaubensgemeinschaften viele verschiedene und zeitlich sich ändernde Dogmen und Auslegungen auch bezüglich der Essvorschriften bestehen und es keine Religion gibt, die den Konsum von Fleisch zwingend vorschreibt. Zudem unterstehen die Glaubensgemeinschaften oder Religionen in der Schweiz ganz bewusst den weltlichen Gesetzen und Vorschriften. Der DBT fordert deshalb zumindest, dass die Deklaration sich nicht nur auf die Begriffe Koscher und Halal bezieht, sondern zusätzlich ausdrücklich formuliert werden muss «Dieses Fleisch/Produkt stammt von einem Tier, das ohne vorherige Betäubung geschlachtet wurde».

Bemerkungen zum erläuternden Bericht / Remarques sur le rapport explicatif / Osservazioni sul rapporto esplicativo

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni